



DAS BULLETIN

des
alternativen
Zug

Nummer 3 September 2005



- 3 **Editorial**
Gemeinsam stark
- 4 **Fraueninformationszentrum**
Frauenhandel in der Schweiz
- 6 **Nationalrat**
Josef Lang als Panderdealknacker
- 8 **Schweizer Aussenpolitik**
Die proamerikanische Wende
- 10 **Verdeckte Kriegsführung – Interview, Teil 1**
Nato-Strategie der Spannung
- 13 **Gentech-Initiative**
Ja, wir sind so frei...
- 16 **Staatsschutzgesetz**
Blocher muss seine Staatsschützer zurückpfeifen
- 17 **Gründung Alternative Kanton Zug**
Unser Herz ist grün...
- 18 **Jugendgewalt**
Nachdenken über unsere Schizophrenie
- 20 **IG Velo**
Neues aus Zugs Veloplanung
- 21 **Nationale Abstimmung**
Sonntag soll Ruhetag bleiben
- 22 **EINWURF von LINKS – Fussball und Kapitalismus**
Schiesst Geld Tore?
- 24 **Serviceteil**
Kino FLiZ / WeltSichtBaar
Zwischen-Lese
Veranstaltungskalender
Adressen Alternative
Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, Sozialistisch-Grüne Alternative SGA, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von ...

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz sozial Benachteiligter
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt
- Gleichwertigkeit aller Menschen unabhängig von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein «Das Bulletin»

Gemeinsam stark



Hanspeter Uster, Regierungsrat Alternative (SGA), Baar.

Der 27. August 2005 war ein historischer Tag: Die Alternativen im Kanton Zug gründeten gemeinsam ihre Dachorganisation «Alternative Kanton Zug». Dieser Schulterschluss ist die Frucht einer sehr engen Zusammenarbeit, die es unter den Alternativen schon seit fast 20 Jahren gibt. Denn seit der Gründung der Alternativen Fraktion im Kantonsrat 1990 wird institutionell zusammengearbeitet. Doch über die Gründung der «Alternative Kanton Zug» hinaus spürte ich an diesem Tag besonders, welche Energie, Phantasie und Gestaltungskraft wir Alternativen hier im Kanton Zug einbringen können. Wer an der Gründungsversammlung und am Fest dabei war, fühlte diese Kraft ganz persönlich.

Die Zuger Linke als Ganzes wäre auch aus einem weiteren Grund nicht dort, wo sie heute steht: Sie wurde dann erfolgreicher, als sich Alternative und SP in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre auf eine linke Zusammenarbeit einigten. Diese trug sehr schnell Früch-

te. Nur deshalb gewann die vereinigte Linke 1990 erstmals je zwei Sitze im Regierungsrat und im Zuger Stadtrat. Auch in Baar konnte die SP ihren früher verlorenen zweiten Sitz im Gemeinderat zurückerobern und seither – dank der gemeinsamen Liste – auch halten. Die inzwischen um die Christlichsozialen erweiterte Tradition der Zusammenarbeit beruht auf ein paar einfachen Grundsätzen:

Bei allen Exekutivwahlen und bei den Kantonsratswahlen in den kleineren und mittleren Gemeinden ist es selbstverständlich, dass Alternative und SP gemeinsame Listen machen. In Steinhausen zum Beispiel wäre bei getrennten Listen das Risiko sehr gross, dass beide einen Gemeinderatssitz verfehlen würden. Wenn SP und Alternative getrennt antreten würden, gäbe es statt zwei höchstens eine linke Kantonsrätin.

Bei allen Initiativen und Referenden, wo wir uns einig sind, gehen wir

gemeinsam und gleichberechtigt vor. Damit wird die Sache über parteiliche Sonderinteressen gestellt. Und so lassen sich die Mitglieder und WählerInnen der verschiedenen Parteien besser motivieren und mobilisieren. Gemeinsam und gleichberechtigt bedeutet, dass in den Initiativkomitees, in deren Präsidien und Ausschüssen Alternative und SP gleich stark vertreten sind und ihre VertreterInnen selber bestimmen. Ein solches Vorgehen schlagen die Alternativen beispielsweise der SP im geplanten Referendum gegen die Steuersenkungen vor.

Bei den Nationalratswahlen ist eine Listenverbindung von Alternativen und SP selbstverständlich. Und auch bei den Ständeratswahlen gibt es jeweils eine gemeinsame Liste.

Die Umsetzung dieser aus den 80er-Jahren stammenden Grundsätze sind ein tragendes Fundament der Erfolge der Zuger Linken. Gäbe es die Zusammenarbeit von SP und Alternativen nicht, wären die Bürgerlichen schlicht und einfach stärker. Sie hätten sechs von sieben Regierungssitzen, zusätzliche Sitze in den Gemeinden und im Kantonsrat sowie mit Sicherheit alle drei Nationalratsmandate.

Ich bin überzeugt, dass es uns gemeinsam gelingen wird, den Schwung der Gründung unseres alternativen Daches mit der bewährten Tradition der Zusammenarbeit von SP und Alternativen zu verbinden und beides ins Wahljahr mitzunehmen. Das Rezept ist einfach und bewährt: Die politische Vielfalt leben und gleichzeitig die Kräfte bündeln. Ich freue mich darauf. ■

Frauenhandel in der Schweiz

Migrantinnen, die Opfer von Frauenhandel werden, sind besonders verletzlich. Das Fraueninformationszentrum Zürich FIZ berät gewaltbetroffene Migrantinnen und Sexarbeiterinnen. Seit 20 Jahren engagiert sich das FIZ als Fachstelle auch gegen eine spezielle Form der Gewalt gegen Migrantinnen: Frauenhandel. Und den gibts auch in der Schweiz.

Teil eines Referats von Marianne Schertenleib, Sozialarbeiterin, FIZ Zürich – Bild Martina Keiser

Welche Frauen berät das FIZ? Oft sind es verheiratete Migrantinnen mit einem gewalttätigen Partner. Sie riskieren bei einer Trennung oder Scheidung, ihr Aufenthaltsrecht in der Schweiz zu verlieren. Eine weitere FIZ-Zielgruppe sind Sexarbeiterinnen und Cabaret-Tänzerinnen – und eben auch Opfer von Frauenhandel.

Weil letztere vermehrt zu uns finden, haben wir mit «FIZ Makasi» seit dem 25. November 2004 eine neue Anlaufstelle. Dies um die Beratung und Begleitung dieser Frauen mit mehr Ressourcen zu leisten. Das FIZ hat im letzten Jahr 85 Opfer von Frauenhandel beraten – davon 67 persönlich, meist über eine lange Zeit hinweg. Seit 2003 verzeichnen wir eine markante Zunahme der Fälle. In den Vorjahren waren es jeweils 20 bis 30 Frauen.

Das FIZ leistet auch politische Arbeit, um die rechtliche und soziale Situation von Migrantinnen zu verbessern. Mit unserer Bildungs- und Medienarbeit versuchen wir, die Öffentlichkeit über Frauenhandel sowie Frauenmigration zu informieren und sie für die Lebensbedingungen von Migrantinnen zu sensibilisieren.

Was ist Frauenhandel?

Ich spreche von Frauenhandel und nicht geschlechtsneutral von Menschenhan-

del, weil weltweit und auch in der Schweiz vor allem Frauen und Mädchen von dieser Menschenrechtsverletzung betroffen sind. Und weil sich das FIZ an Frauen richtet.

Frauenhandel ist die Vermittlung von Frauen in ein Ausbeutungsverhältnis. Dies kann Ausbeutung in der Sexarbeit sein. Frauen und Kinder werden aber auch in andere Bereiche gehandelt – sei dies in die Heirat oder Adoption, in Zwangsarbeitsverhältnisse in Privathaushalten, der Industrie oder Landwirtschaft.

Falsche Versprechungen

Unabhängig vom Bereich liegen dem Handel mit Frauen bestimmte Merkmale zugrunde: Bei der Anwerbung und Vermittlung der gehandelten Frauen spielen falsche Versprechungen, Betrug und Täuschung eine zentrale Rolle. Den Frauen werden bessere Verdienst- und Arbeitsmöglichkeiten, berufliche Qualifizierung und stabile Lebensverhältnisse versprochen.

Auch wenn viele Frauen wissen, dass sie hier in der Schweiz Sexarbeit leisten sollen, werden sie über die Arbeitsbedingungen getäuscht. In der Schweiz finden sich die betroffenen Frauen in einer Zwangslage wieder. Meist müssen sie horrenden Summen von mehreren zehntausend Franken für Reise und Vermittlung bezahlen. Um diese Schulden abzarbeiten, werden sie gezwungen, unter sklavereiähnlichen Bedingungen zu arbeiten. Häufig werden ihnen die Reise- und Identitätsdokumente abgenommen.

Die Frauen erleiden verschiedene Formen der psychischen, physischen und sexuellen Gewalt und Übergriffe gegen ihre körperliche und psychische Integrität. Wegen der fehlenden Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung leben sie in der ständigen Gefahr, verhaftet und ausgeschafft zu werden. Damit werden sie faktisch rechtlos. Diese Abhängigkeit wird von

Händlern und Arbeitgebern ausgenutzt. Sie setzen die Frauen mit drohender Verhaftung und Ausschaffung unter Druck.

Prostitution

Die gesellschaftliche Stigmatisierung der Prostitution macht diesen Bereich zu einem wesentlich undurchsichtigeren, profitableren und heimlicheren als jeden anderen frauentypischen Beschäftigungsbereich. Frauenhandel findet allerdings auch im Cabaret-Bereich statt. Beispielsweise berichten uns Frauen, dass sie im Herkunftsland von dubiosen Agenturen angeworben werden und für die Arbeitsverträge massive Vermittlungsgebühren bezahlen müssen. Falls sie diese nicht bezahlen, werden sie oder ihre Familienmitglieder bedroht. Auch kommt es vor, dass eine Frau eine Anstellung als Cabaret-Tänzerin erhält, es sich dann aber herausstellt, dass das Cabaret eigentlich ein Bordell ist. Die Frau muss dort anschaffen. Und anstelle eines fixen Lohnes hat sie dem Cabaret-Besitzer einen Grossteil ihres Verdienstes abzuliefern.

Heiratsvermittlung

Der Heiratshandel respektive die kommerzielle Vermittlung von Ehefrauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa an europäische Männer erachtet das FIZ als eine – wenn auch legalisierte – Form von Frauenhandel. Beim Heiratshandel und beim Frauenhandel sind Ursache und Motivation der Frauen wie auch der Männer vergleichbar. Die Bereitschaft, sich als Ehefrau vermitteln zu lassen, entsteht aufgrund einer strukturellen Zwangslage. Die europäischen Männer hingegen beziehen sich auf sexistische und rassistische Klischeebilder. Sie wollen eine unterwürfige Asiatin oder eine temperamentvolle Südamerikanerin, um ihre traditionellen Machtansprüche aufrecht zu erhalten.



Die Frau als Handelsware.

Die einzige Voraussetzung, welche die heiratswilligen Männer mitbringen müssen, ist ausreichende Kaufkraft. Je nach Vermittlungsweg und Angebot beträgt der Preis für eine Frau zwischen 10'000 bis 30'000 Franken. Bei der Heiratsvermittlung hat meist nur der Mann ein Ablehnungsrecht. Auffallend ist auch, dass die Adressen der Frauen immer an die Männer gegeben werden und nie umgekehrt. Die Machtungleichheit ist frappant. Die Kaufkraft bestimmt das Recht auf Auswahl und Persönlichkeitschutz.

Einzelne Händler üben sehr frauenverachtende Praktiken aus. Sie reduzieren die zu vermittelnde Frau auf eine Handelsware. So wird den heiratswilligen Männern häufig nach dem Prinzip «Heirat oder Geld zurück» eine bis dreimalige Umtauschgarantie angeboten. Die Frau wird dann oft mehreren Männern probeweise gegeben, wobei sie in die Rolle einer unbezahlten Prostituierten gedrängt wird.

Oft sind die gehandelten Frauen nach der Heirat sehr isoliert. Sie werden von ihren Ehemännern kontrolliert. Manchmal werden gar alle Kontakte gegen aussen oder der Besuch eines Sprachkurses verboten.

Ins FIZ kommen diese Frauen meist erst, wenn schwerwiegende Probleme bestehen – zum Beispiel bei Gewalt, bei Scheidung und drohendem Verlust der Aufenthaltsbewilligung. Erschwert wird

ihre Situation wegen des zivilstandsabhängigen Aufenthaltsrechts. Dieses verunmöglicht eine Trennung oder Scheidung vom gewalttätigen Ehemann in den ersten Ehejahren faktisch, weil die Frau sonst ihre Aufenthaltsbewilligung verliert.

Hausarbeit

Für die Arbeit in Privathaushalten und im Reinigungsbereich werden die Frauen über diverse Kanäle angeworben. Hausarbeit ist neben Prostitution oftmals die einzige Option der Frauen auf eine bezahlte Arbeit. Viele Frauen bevorzugen die Hausarbeit. Mit der Prostitution ist ein soziales Stigma verbunden und Hausarbeit wird als weit weniger entwürdigend und belastend empfunden. Allerdings sehen sie sich häufig mit einer Situation von Gewalt und Ausbeutung konfrontiert, die mit der Situation von Betroffenen von Frauenhandel in der Prostitution vergleichbar ist.

Ursachen des Frauenhandels

Hier sind drei wichtige Punkte zu nennen. Erstens haben die Frauen keine Perspektiven im Herkunftsland, tragen aber dennoch die Hauptverantwortung für das Überleben ihrer Familien. Zweitens gibt es eine hohe Nachfrage nach billigen Arbeitskräften im Sexgewerbe aber auch anderen Bereichen wie Haushalt, Indu-

strie und Landwirtschaft. Und drittens fördert das restriktive Aufenthaltsrecht den Frauenhandel. Die Frauen können nicht selbstbestimmt und autonom migrieren. Die Vermittler der Migration profitieren. Diese Abhängigkeit macht die Frauen ausbeutbar und erpressbar.

Schwierige Bekämpfung des Frauenhandels

Nur wenige Opfer sind bereit, gegen Täter auszusagen. Dies hängt damit zusammen, dass die Frauen vielfach nicht als Opfer von Frauenhandel sondern als illegale Migrantinnen angesehen und kriminalisiert werden. Kommt es doch einmal zu Ermittlungen dank einer Zeugenaussage, wird das Opfer als Zeugin einvernommen und danach raschmöglichst wegen illegalen Aufenthalts ins Herkunftsland abgeschoben. Schutz, Opferhilfe sowie allfällige Entschädigung und Genugtuung kann die Frau häufig nicht beanspruchen. Auch fehlt bei Behörden und Ämtern immer noch Wissen und Sensibilität über diese Straftat, und die involvierten Stellen arbeiten vielfach nicht effektiv zusammen.

Frauenhandel findet weitgehend unsichtbar statt. Als Folge der äusserst schwierigen Situation der Opfer ist dieses lukrative Geschäft für die Täter mit sehr geringem Risiko verbunden. ■

Mehr Infos: www.fiz-info.ch

Josef Lang als Panzerdealknacker

Kleines Schreiben mit grosser Wirkung:

Am 1. Juli verlangte Josef Lang in einem Brief an die Sicherheitspolitische Kommission (SiK) den Verzicht auf das Panzergeschäft mit dem Irak. Am 25. August wurde es auf Eis gelegt. Wir drucken den vor den Londoner Anschlägen verfassten Text vollumfänglich ab.

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug – Bilder istockphoto.com

Der Bundesrat hat beschlossen, 180 Schützenpanzer M 113 – so genannte Mannschaftstransportwagen – «vorerst in die Vereinigten Arabischen Emirate auszuführen». Dies im Wissen, dass sie «in der Folge der irakischen Regierung» verschenkt werden.

Im Irak herrscht eine bürgerkriegsähnliche Situation. Das Völkerrecht wie auch die Menschenrechte – zum Beispiel in Abu Ghraib – wurden und werden durch die Besatzungsmächte schwer verletzt. Zudem droht der Versand von Kriegsmaterial in den Irak für die Sicherheit der Schweiz selbst negative Folgen zu haben.

Die anderen Geschäfte

Weiter hat der Bundesrat das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco ermächtigt, eine Voranfrage betreffend Lizenzvergabe nach Indien für den Bau von Fliegerabwehrkanonen und die partielle Zulieferung von Bauteilen zustimmend zu beantworten. Indien ist eine Atommacht. Deren Aufrüstung hängt eng mit dem langjährigen Konflikt mit dem Nachbarn Pakistan zusammen. In bezug auf Pakistan kann das Seco ein Vermittlungsgesuch bewilligen, mit welchem den Gesuchsstellern ermöglicht wird, mit Pakistan einen Vertrag auszuhandeln für den Verkauf von 736 Schüt-

zenpanzern M113 (zuzüglich Ersatzteilen). Auch Pakistan ist eine Atommacht, grenzt nicht nur an Indien, sondern zudem ans konfliktträchtige Afghanistan. Zudem sind die internen Verhältnisse höchst undemokratisch. Die Menschenrechte werden schwer verletzt und die politische Stabilität ist prekär. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Schützenpanzer in die Hände eines zukünftigen Unrechts-Regimes fallen könnten, ist gross.

Schliesslich hat der Bundesrat die «vorübergehende ein- und anschliessende Wiederausfuhr zwecks Unterhaltsarbeiten an 50 bis 100 Gefechtsköpfen zu Luft-Lenk Waffen des Typs «Sidewinder» im Wert von maximal 2,5 Millionen Franken» an Südkorea bewilligt. Bekanntlich steckt Südkorea mit Nordkorea de jure im Kriegszustand. Die Lieferung nach Südkorea steht auf jeden Fall im Widerspruch zum Neutralitätsrecht.

Das Kriegsmaterialgesetz

Der Artikel 22 hält fest, dass ein Geschäft mit Kriegsmaterial bewilligt wird, «wenn dies dem Völkerrecht, den internationalen Verpflichtungen und den Grundsätzen der schweizerischen Aussenpolitik nicht widerspricht.» Ebenso bestimmt der Artikel 5: «Bei der Bewilligung (...) sind zu berücksichtigen:

- a) die Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit und der regionalen Stabilität;
- b) die Situation im Innern des Bestimmungslandes, namentlich sind zu berücksichtigen die Respektierung der Menschenrechte (...);
- c) die Bestrebungen der Schweiz im Bereiche der Entwicklungszusammenarbeit;
- d) das Verhalten des Bestimmungslandes gegenüber der Staatengemeinschaft; insbesondere hinsichtlich der Einhaltung des Völkerrechts; (...).»

Dass die fraglichen Bundesratsentscheide dem Sinn und Geist dieses Ge-

setzes widersprechen, liegt auf der Hand. Zur Abklärung habe ich mich diesbezüglich an die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates gewandt.

Gefahr für die Schweiz

Die SiK muss nun den Fragen nachgehen, inwiefern die Bundesratsbeschlüsse vom 29. Juni 2005 die Sicherheit der Schweiz gefährden und ob sie die Welt, insbesondere eines der krisenhaftesten Gebiete, nicht noch unsicherer machen. Ich beantrage deshalb eine Diskussion in der SiK über diese beiden und weitere damit zusammenhängende Fragen.

Zur ersten Frage: Nach dem Attentat von Madrid vom 11. März 2004 hat Bundesrat Christoph Blocher unter anderem in einem Interview in der NZZ am Sonntag betont, dass die Schweiz dank ihrer neutralen Haltung viel weniger gefährdet sei («Wir müssen vermeiden, Partei zu ergreifen», 11.4.2004). Um so unverständlicher ist die jetzige Parteinahme im Irak-Konflikt. Es ist unvernünftig, in einer bürgerkriegsähnlichen Situation, die durch einen völkerrechtswidrigen Krieg provoziert wurde, sich einseitig auf die Seite jener zu stellen, die zuerst das Völkerrecht verletzt haben und jetzt die Menschenrechte verletzen. Diese Parteinahme schafft das Risiko, dass Aufständische auch die Schweiz als Feindesland auffassen und behandeln.

Öl ins irakische Feuer

Zur zweiten Frage: Die Voraussetzung für Frieden, Stabilität und Demokratie im Irak ist der Rückzug der Besatzungstruppen, die das Land mit ihrem völkerrechtswidrigen Krieg in ein Chaos und eine Terrorfabrik verwandelt haben. Ich zitiere diesbezüglich einen Zeugen und Kenner, der weder im Verdacht steht, pazifistisch noch antiamerikanisch zu sein, den «Zeit»-Redaktor Ulrich Ladurner: «Aus-



Machen Panzerlieferungen Krisengebiete sicherer?

ländische Truppen befrieden das Land nicht, sondern sie schüren den Konflikt, sie beruhigen nicht, sondern giessen Öl ins Feuer. Wer das nicht glauben will, der kann sich im Irak umhören. (...) Sie (die Besatzer) haben im Irak erst das Machtvakuum geschaffen, welches die Entfaltung des Schreckens begünstigt hat. (...) Nur hat diese Mehrheit (der IrakerInnen)

kaum die Chance, die Extremisten zu isolieren, weil sie sich ducken muss vor den Angriffen beider Seiten, der US-Armee wie der Terroristen. Erst wenn sich dieser Zangengriff löst, wird sich ein Spielraum öffnen.» Ladurner betont dann, dass Wahlen nicht reichen, «wenn nicht für die Iraker die Perspektive dazukommt, dass bald, sehr bald die US-Soldaten sich

aus ihrem Land Irak zurückziehen werden.» («Keine deutschen Truppen für den Irak», in: Die Zeit 14.10.2004.)

Wenn die Schweiz etwas für die irakische Bevölkerung, deren Souveränität, Freiheit und Sicherheit tun will, dann setzt sie sich für den Rückzug der Besatzungstruppen und nicht für deren (indirekte) Stärkung ein.

Kriegsmaterial und Kriegspersonal

Die bundesrätliche Begründung der Panzerlieferung in den Irak wirft noch eine weitere Frage auf: Müsste die Schweiz neben Kriegsmaterial (gemäss Newspeak: «Transportwagen») nicht zusätzlich Kriegspersonal (gemäss Newspeak: «Friedenssoldaten») in den Irak senden? Wird mit den erwähnten Argumenten für die Waffenexporte nicht eine zukünftige Eskalation in der Militarisierung der Aussenpolitik vorbereitet? ■

Panzer-Chronologie

2. November 2004: Das VBS gibt bekannt, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten VAE einen Vertrag für den Verkauf von 180 Schützenpanzern abgeschlossen zu haben.

14. März 2005: Bundesrat Deiss gibt im Nationalrat auf eine Frage von Josef Lang, ob die den VAE versprochenen Panzer für den Irak bestimmt seien, die folgende Antwort: Der sogenannte End-User seien die VAE und niemand anders.

Juni-Session: Josef Lang macht eine Anfrage zu den Panzergeschäften mit Irak und Pakistan und eine Interpellation mit dem Titel: «Kurswechsel bei den Rüstungsexporten?»

29. Juni: Der Bundesrat gibt bekannt, dass die 180 Schützenpanzer zwar den VAE verkauft, von diesen aber sogleich den proamerikanischen Polizeitruppen im Irak verschenkt werden.

1. Juli: Josef Lang schreibt den Präsidenten der Sicherheitspolitischen Kommission SiK und der Geschäftsprüfungskommission GPK die zwei kritischen Briefe.

13. August: Die Basler Zeitung berichtet, dass die 180 Panzer nicht für die irakische Polizei, sondern für die Armee bestimmt seien.

15. August: Die SiK folgt mit 13 zu 12 Stimmen dem Antrag Lang, das Panzergeschäft auf den folgenden Tag zu traktandieren und Bundesrat Deiss auf 7 Uhr vormittags vorzuladen.

16. August: Die Sicherheitspolitische Kommission lehnt mit 9 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen Langs Antrag ab, vom Bundesrat einen Verzicht auf alle vier Geschäfte zu verlangen. Langs Eventualantrag, auf die beiden Panzergeschäfte mit Irak und Pakistan zu verzichten, wird mit 10 zu 13 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt. Die 10 Stimmen

waren alle acht Linken, aber nur zwei von der SVP, der die Neutralität doch nicht so wichtig ist.

24. August: Der Bundesrat suspendiert das Irak-Geschäft. Der Nidwaldner Nationalrat Edi Engelberger führt den Entscheid auf die Diskussion in der von ihm präsierten SiK zurück.

31. August: Bundesrat Deiss gibt bekannt, dass 40 Panzerhaubitzen, die 2004 in die VAE für den Eigengebrauch geliefert worden seien, vertragswidrig in Marokko aufgetaucht sind.

6. September: In einem Streitgespräch in der DRS-2-Sendung «Kontext» mit Kurt Wasserfallen (FDP Bern) verlangt Josef Lang aufgrund der Marokko-Erfahrung den sofortigen Verzicht auf das Pakistan-Geschäft. Der Zuger Alternative weist darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit gross sei, dass ein Teil der 836 Schützenpanzer für den Irak bestimmt sei.

Die proamerikanische Wende

Die Rüstungsgeschäfte mit Irak, Pakistan, Südkorea und Israel lassen sich wirtschaftlich nicht erklären. Die Gründe liegen in einer verstärkten Hinwendung zu den USA.

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug – Bild istockphoto.com

In den letzten drei Monaten hat der Bundesrat eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die noch vor einem Jahr undenkbar gewesen wären. Am 25. Mai 2005 veröffentlichte er ein Rüstungsprogramm, das ein Geschäft mit Israel in der Höhe von 150 Millionen Franken be-

inhaltet. Damit gibt die Landesregierung ihr faktisches Embargo auf und fällt der Genfer Initiative der Aussenministerin in den Rücken.

Zwei Tage später hielt der Uno-Botschafter Peter Maurer vor dem Sicherheitsrat eine Rede, die im Kosovo als Erklärung für dessen Unabhängigkeit gefeiert wird. Die Aufgabe der von Uno und EU vertretenen Position «Standards vor Status» bedeutet einen klaren Kurswechsel, der die Rolle der Schweiz als neutrale Vermittlerin in Frage stellt.

Am 29. Juni beschloss die bürgerliche Mehrheit des Bundesrats, 180 Schützenpanzer M 113 für den Irak und 736 weitere «Mannschaftstransportwagen» für Pakistan zu bewilligen. Zugunsten Indiens

wurde eine Lizenzvergabe für den Bau von Fliegerabwehrkanonen erlaubt. Südkorea, das mit Nordkorea de jure im Kriegszustand steht, wurde die «vorübergehende ein- und anschliessende Wiederausfuhr zwecks Unterhaltsarbeiten an 50 bis 100 Gefechtsköpfen zu Luft-Luft-Lenk Waffen im Wert von maximal 2,5 Millionen Franken» zugestanden.

Anpassung an die Grossmacht USA

Alle erwähnten aussen- und rüstungspolitischen Wenden haben eines gemeinsam. Sie entsprechen den Interessen der USA. Israel ist ihr wichtigster Verbündeter im Nahen Osten. Was die Kosovo-Politik betrifft, fordert die Schweiz laut, was

Motion «Veröffentlichung des Cornu-Berichtes»

Eingereicht von Josef Lang Josef am 16.03.2005.

Stand der Beratung

Im Plenum noch nicht behandelt.

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, den Cornu-Bericht (Administrativuntersuchung zur Abklärung der Natur von allfälligen Beziehungen zwischen der Organisation P26 und analogen Organisationen im Ausland) zu veröffentlichen.

Begründung

«Der Bundesrat hat in seinem Bericht keine für die politische Beurteilung wichtigen Fakten, die im Schlussbericht über die Administrativuntersuchung enthalten sind, weggelassen, sondern nur Informationen über ausländische Geheimdienste und Widerstandsorganisationen. » Mit dieser Erklärung unterstützte die PUK EMD am 23. November 1991 die bundesrätliche Geheimhaltung eines grossen Teils des Cornu-Berichtes. Spätestens heute, gut dreizehn

Jahre später, lässt sich diese Begründung nicht mehr aufrechterhalten. Erstens sind in der Zwischenzeit zahllose Informationen über die vorwiegend gegen die Linke gerichteten Aktivitäten der erwähnten Geheimdienste und «Widerstandsorganisationen» veröffentlicht worden. Seien dies offizielle Untersuchungsberichte wie die des italienischen Senates über Gladio und die Massaker aus dem Jahre 1995 samt Zusatzbericht aus dem Jahre 2000 (welche die Nato stark belasten) oder der des österreichischen Bundesministeriums für Inneres aus dem Jahre 1997 über geheime CIA-Operationen. Seien es Publikationen von Fachleuten wie die jüngste des Schweizers Daniele Ganser vom Center for Security Studies der ETH Zürich «NATO's Secret Armies. Operation Gladio and Terrorism in Western Europe» (London and New York 2005). Erwähnt seien weiter Dokumentarfilme über Gladio wie die 1992 im britischen BBC ausgestrahlten oder die höchst aufschlussreiche Ausstellung «Secret Wars» vom Sommer 1995 im Londoner War Imperial Museum. Zweitens ist die zeitliche Distanz zum Kalten Krieg

genügend gross, um die Operation Gladio schonungslos aufzuarbeiten. Dazu gehört nicht zuletzt die Veröffentlichung des Cornu-Berichtes. Dies gilt umso mehr, als unser Land inzwischen der Nato-Partnership for Peace beigetreten ist. Sollte eine Veröffentlichung des Cornu-Berichtes trotz all der Enthüllungen seit 1991 gewissen Geheimdiensten Mühe bereiten, dann steht die Schweiz vor der Frage: Verpflichten ihre Grundsätze der Demokratie und der Neutralität sie zur Loyalität gegenüber demokratischen Öffentlichkeiten oder gegenüber Apparaten, die eine Mitverantwortung tragen für Massaker, Folterungen, Putschversuche und andere demokratiewidrige Aktivitäten?

Stellungnahme des Bundesrates vom 10. Juni 2005

Der Bundesrat sieht keinen Anlass, den als «geheim» klassifizierten Cornu-Bericht (Bericht von Untersuchungsrichter Pierre Cornu) vom 5. August 1991 zu veröffentlichen.

Die Hintergründe für die nachstehende Motion von Josef Lang werden im Interview auf den folgenden Seiten behandelt.

die USA seit langem leise fördern. Dass die Kriegsmaterialgeschäfte mit Irak, Pakistan und Südkorea dem Verhältnis zu den USA zuträglich seien, war ein wichtiges Argument im Antrag des zuständigen Wirtschaftsministers Deiss. Bezeichnenderweise ist das Waffengeschäft mit Indien, das zu den USA immer noch eine gewisse Distanz wahrt, das einzige, das mit 300 Millionen Franken finanziell einschenkt.

Diese Kurswechsel in der Rüstungs- und Balkanpolitik passen bestens zu den vom Gesamtbundesrat am 19. Mai 2005 bekannt gegebenen «qualitativen und quantitativen Verbesserungen unserer Zusammenarbeit» mit den USA. Diese bestehen unter anderem im Abschluss eines Freihandelsabkommens, das Christoph Blocher als Nationalrat und Unternehmer bereits 1996 gefordert hat. Micheline Calmy-Rey, die Präsident Bush mit der Kritik am Irak-Krieg und mit ihrer Nahost-Initiative keine Freude bereitet hatte, begründete die «Anpassung an die veränderten Gegebenheiten» mit der Grossmachtstellung der USA, «der sich die Schweiz stellen muss».



Die Militarisierung der Aussenpolitik schreitet voran.

Anschluss an «Krieg gegen Terror»

Die proamerikanische Wende der letzten Monate ist um so bemerkenswerter, als die Landesregierung dafür einen recht hohen politischen Preis zu bezahlen hat. Vor allem die Waffenexporte, aber auch das Israel-Geschäft und die neue Kosovo-Politik sind auf breite Kritik gestossen. Gegenüber dem Freihandelsabkommen dürfte die Skepsis wegen der Gentechfrage, aber auch aus Gründen der europäischen Solidarität in nächster Zeit ebenfalls zunehmen.

Sicher hat die vorläufige Chancenlosigkeit eines Beitritts zur EU wie auch deren Krise den Bundesrat bewogen, die bisherige Europa-Priorität zu relativieren. Weiter haben menschen- und völkerrechtliche sowie friedenspoliti-

sche Kriterien, welche unter dem Druck der Antikriegsbewegung die Aussenpolitik in den letzten Jahren positiv beeinflussten, an Gewicht verloren. Zusätzlich spielen aussenwirtschaftspolitische Interessen spätestens seit dem Amtsantritt von Staatssekretär Michael Ambühl auch im EDA wieder eine grössere Rolle.

Der wichtigste Grund für eine neue Aussenpolitik dürfte aber darin liegen, dass sich die Schweiz macht- und sicherheitspolitisch stärker ins Schlepptau der USA begeben will. So hat das federführende VBS am 10. Juni die Veröffentlichung des Cornu-Berichts aus dem Jahre 1991 über die Beziehungen der Schweizer Geheimarmee P26 mit Nato-

Geheimarmeen abgelehnt, weil damit «die Beziehungen der Schweiz zu mehreren befreundeten ausländischen Staaten belastet» würden. Bekanntlich tragen die Geheimdienste der USA und Grossbritanniens die Mitverantwortung für einige der schlimmsten rechtsextremen Attentate der 60er-, 70er- und 80er-Jahre in Europa. Die Tabuisierung des damaligen Nato-Terrorismus passt bestens zum laufenden «Krieg gegen den Terror», dem sich der Bundesrat offensichtlich anschliessen will. ■

Eine leicht veränderte Version dieses Beitrags erschien am 4. August 2005 als Leitartikel in der «WochenZeitung» (WoZ) unter dem Titel «Die Schweiz dockt an».

Nato-Strategie der Spannung

Die Nato hat in allen Ländern Westeuropas während des Kalten Krieges Geheimarmeen unterhalten.

Ein Schweizer Forscher publizierte im März 2005 das Standardwerk dazu: Dr. phil. Daniele Ganser. Das BULLETIN sprach mit dem Friedensforscher.

Interview Martin Stuber, geführt am 15. September in Basel – Bilder Martin Stuber und www.stragi.it

BULLETIN: Kannst du die wichtigsten Erkenntnisse in deinem Buch für unsere Leserschaft zusammenfassen?

Daniele Ganser: Die zentrale Erkenntnis meiner Forschungsarbeit ist, dass es in der Zeit des Kalten Krieges – also zwischen 1945 und 1990 – in allen westeuropäischen Ländern Geheimarmeen gegeben hat. In Italien war das die Gladio, in der Schweiz die P26, in Norwegen das ROC, in Dänemark Absalon und so weiter. Ein zweiter wichtiger Punkt ist, dass diese Armeen von der Nato koordiniert und kommandiert wurden. Innerhalb des SHAPE¹⁾ gabes dafür zwei Kommandostrukturen, das ACC²⁾ und das CPC³⁾. Drittens weiss man heute, dass ein Teil dieser Armeen die Strategie der Spannung praktiziert hat.

BULLETIN: Welche Aufgaben hatten diese Geheimarmeen?

Ganser: Als sogenannte «stay behind armies» hätten sie im Falle einer Invasion durch den Warschauer Pakt auf besetztem Gebiet eine Widerstandsarmee gebildet und mit Sabotageakten und Gefechten den Invasor schwächen sollen. Zu diesem Zweck wurden im Lande verteilt geheime De-

pots mit Waffen, Munition, Sprengstoffen und anderer militärischer Ausrüstung angelegt.

BULLETIN: Und was war das Ziel der «Strategie der Spannung»?

Ganser: In einigen Ländern, aber nicht in der Schweiz, waren die Geheimarmeen in eine ganze Serie von terroristischen Operationen und Menschenrechtsverletzungen verwickelt, die dann den Kommunisten in die Schuhe geschoben wurden. Dies um die Linke zu diskreditieren und bei den Wahlen zu schwächen.

Diese Operationen hatten immer zum Ziel, ein Maximum an Angst in der Bevölkerung zu verbreiten. Sie reichten von Bombenanschlägen in Zügen, auf Marktplätzen und Bahnhöfen wie in Italien über systematische Folterungen von Regimegegnern wie in der Türkei, der Unterstützung für rechte Staatsstreich wie in Griechenland und der Türkei bis zur Zerschlagung von oppositionellen Parteien im eigenen Land wie in Spanien oder in den abhängigen Kolonialgebieten Portugals.

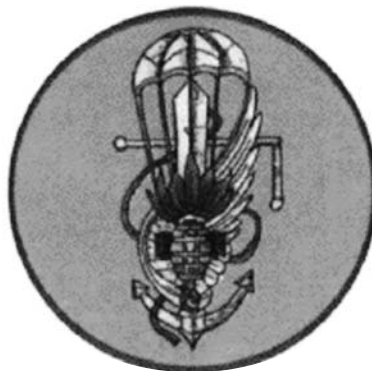
Man muss sich das so vorstellen, dass die geostrategischen Hauptakteure und ihre Geheimdienste, also in den USA

die CIA und in England der MI6, sich gesagt haben: Wenn in einem europäischen Land eine kommunistische Regierung an die Macht kommt, dann wird der Westen von innen heraus destabilisiert, und wenn sie den Verteidigungsminister stellen können sie Nato Geheimnisse an Moskau verraten und erfahren zudem von der Geheimarmee – also müssen sie mit allen Mitteln von der Regierung ferngehalten werden. Andererseits bestanden in den meisten Ländern Demokratien, wo die Leute frei wählen konnten, also wurde ein Mittelweg gesucht. Mit der Strategie der Spannung wurden die Leute gezielt manipuliert.

BULLETIN: Kannst du das an einem konkreten Beispiel erläutern?

Ganser: Vielleicht das am besten dokumentierte Beispiel ist der Anschlag von Peteano 1972 in Italien. Ein «kleiner» Anschlag, wo Carabinieri – Mitglieder der italienischen kasernierten Polizei – durch einen anonymen Anruf zu einem Auto gelockt wurden, das explodierte, als sie die Motorhaube öffneten. Alle drei Carabinieri wurden getötet. Der Anschlag wurde den Italienischen Linksterroristen, den Roten Brigaden, angehängt. Erst viele Jahre später wurde klar, dass der Neofaschist Vincenzo Vinciguerra der Täter war. Er erklärte bei seiner Vernehmung durch den Richter Felice Casson die Strategie der Spannung. Casson war der Richter, der mit seinen Untersuchungen darauf die Gladio-Geheimarmeen der Nato aufdeckte. Vinciguerra verachtete als Katholik den atheistischen Kommunismus, der mit allen Mitteln bekämpft wurde.

Interessant ist, dass Vinciguerra erzählte, wie er vom Geheimdienst geschützt wurde. Was wiederum bedeutete, dass der Geheimdienst die Aktionen nicht selber ausführen musste. Es genügte, in der Gesellschaft Leute zu finden, die genügend Hass auf den «inne-



Symbol der Gladio: Kurzsword, Fallschirm, Anker, Handgranate.

1) Supreme Headquarters Allied Powers Europe
2) Allied Clandestine Committee
3) Clandestine Planning Committee



Daniele Ganser

Dr. phil. Daniele Ganser, Jg. 1972, lebt in Basel und ist an der ETH Zürich am Center für Security Studies Friedensforscher und Senior Researcher.

Das Ganser-Interview wird in zwei Teilen veröffentlicht. **Im ersten Interview-Teil** geht es um die Geheimarmeen der Nato und deren «Strategie der Spannung». Die ungekürzte Version des Teils ist unter www.bulletin-zug.ch abrufbar.

Im zweiten Interview-Teil – wird im BULLETIN Nr. 4, Ende Dezember 2005, publiziert – gehts um verdeckte Kriegsführung in der heutigen Zeit. Ganser hat dazu an der Uni Zürich ein Seminar zum «exemplarischen» Terrorereignis vom 11. September 2001 abgehalten.

ren Feind» aufbrachten, diese mit Sprengstoff aus den geheimen Depots der Gladio zu versorgen und nachher falsche Spuren zu legen, zum Beispiel mit fabrizierten Bekennergutachten.

So wurde auch der damals in Italien prominente linke Verleger Feltrinelli diskreditiert. Feltrinelli kam übrigens selber unter nie geklärten mysteriösen Umständen bei einem missglückten Bombenanschlag ums Leben. Um sie vor dem Zugriff der Justiz zu schützen, wurden rechtsextreme Attentäter oft nach Spanien ausgeflogen, wo sie unter der Diktatur Francos nichts zu befürchten hatten.

BULLETIN: Du sagtest, dass es in jedem westeuropäischen Land diese Geheimarmeen mit ihren geheimen Waffen- und Sprengstoffdepots gab ...

Ganser: Ja, aber Achtung – nicht in jedem Land wurde die Strategie der Spannung angewendet.

BULLETIN: Aber es gab noch eine dritte Aufgabe für diese Geheimarmeen, nämlich die direkte militärische Interventionen. Du schilderst in deinem Buch zum Beispiel den Militärputsch in Griechenland von 1967, in dem die Nato-Geheimarmee eine Rolle spielte.

Ganser: In Griechenland war die LOK beteiligt am Staatsstreich, der eine brutale Militärdiktatur an die Macht brachte, welche die Oppositionellen systematisch folterte.

Die Frage ist aber: Braucht es eine Geheimarmee, um einen Militärputsch durchzuführen. Die Geschichte des Pinochet-Putsches 1973 in Chile ist in dieser Beziehung lehrreich. Dort wollte der CIA

schon früher einen Militärputsch einleiten, worauf ihm aber ein Teil der Armee, der loyal zur Regierung Allende stand, die Unterstützung versagte. Wir sehen also, dass die Armee nicht unbedingt ein homogenes Gebilde ist. In einer solchen Situation kann eine Geheimarmee, wie wir sie in Europa hatten, das radikale Element innerhalb der Armee bilden, welches einen solchen Putsch dann erst ermöglicht oder zumindest erleichtert.

In der Türkei 1980 dürfte es so gelaufen sein, denn General Evren, der sich mit einem Putsch zum Präsidenten machte, hatte direkte Verbindungen zur Geheimarmee. In der Türkei hiess sie «Counterguerilla», weil sie im Bürgerkrieg gegen die Kurden eingesetzt wurde.

Die Geheimarmeen haben eigentlich in jedem Land eine Schattierung angenommen, die aus der Geschichte des jeweiligen Landes heraus erklärbar ist: In Frankreich ist es um Algerien gegangen, in der Türkei um die Kurden, in Italien um die Kommunisten – und so weiter.

BULLETIN: Und worum ist es in der Schweiz gegangen? Du hast ja herausgefunden, dass es nicht nur in den Nato-Staaten diese Geheimarmeen gab, sondern auch in den vier neutralen Ländern Finnland, Schweden, Österreich und Schweiz.

Ganser: Ja, das ist so. Als in Italien die Sache mit Gladio 1990 aufflog, stellte sich die Frage in den neutralen Ländern: Gibt es bei uns auch so eine Geheimarmee? Die zweite Frage war, inwieweit diese Geheimarmee mit der Nato verbunden war und drittens: Ist sie in die Strategie der Spannung verwickelt?

BULLETIN: Die erste Frage hat bekanntlich eine parlamentarische Untersuchungskommission, eine so genannte PUK, beantwortet: Mit der P26 existierte auch in der Schweiz eine solche Geheimarmee.

Ganser: Ja. Unabhängig von den Ereignissen in Italien wurde 1989 der Fichenskandal publik, als die PUK EJPD herausgefunden hat, dass etwa jeder siebte EinwohnerIn fichiert worden ist, also 900'000 Fichen auf 7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Frage lag auf der Hand, ob es auch im Verteidigungsministerium – im damaligen EMD – Fichen hatte. Kaspar Villiger, der damalige Vorsteher des EMD, meinte, das sei unvorstellbar. Das Parlament hingegen war da nicht so sicher. Und so begann eine PUK EMD unter dem Vorsitz von Ständerat Carlo Schmid mit der Untersuchung. Im November 1990 legte diese PUK ihren Bericht vor und dokumentierte, dass sie erstens Fichen im militärischen Geheimdienst gefunden hatte und nicht nur das. Sie fand zusätzlich noch einen geheimen Nachrichtendienst, die P27 und eine geheime Guerillatruppe, die P26 unter dem Kommando von Efreim Cattelan.

Carlo Schmid sagte später, er habe während den Untersuchungen acht Kilo verloren und dass die konspirative Atmosphäre für ihn ein extremer Stress gewesen sei. Er hielt es für unglaublich, dass so etwas in der Schweiz möglich ist. Die Spitzen der Armee hingegen erklärten, sie hätten zu Recht das Land auf den Widerstand in feindbesetztem Gebiet vorbereitet, denn dies könne man nicht auf die Schnelle improvisieren.

BULLETIN: Wie gross war die P26?

Ganser: Etwa 400 Mann. Wobei zu beachten ist, dass dies die Kader waren. Im Falle einer Invasion wären das die Leiter einer Untergrundarmee geworden. Es gab auch in der Schweiz diverse geheime Depots mit Schusswaffen, Handgranaten, Munition, Sprengstoff und Gold. Gold ist die Kriegswährung.

BULLETIN: Und die Strategie?

Ganser: Es gab in der Schweiz keine Strategie der Spannung. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die AKWs gabs die Sprengung diverser Strommasten und des Infopavillons in Kaiser-augst. Das waren glücklicherweise die einzigen eigentlichen Terroraktionen, welche die Schweiz in der Zeit des Kalten Krieges erlebt hat. Sie wurden nie aufgeklärt. Der Bundesrat hat in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage damals gesagt, die Geheimarmee sei nicht in diese Geschichten verwickelt. Aber nachgegangen bin ich dem nicht. Bekannt – respektive der Öffentlichkeit wenig bekannt – ist nur ein Todesopfer im Zusammenhang mit der P26, nämlich der Fall Herbert Alboth.

BULLETIN: Kannst Du diesen Fall erläutern?

Ganser: Die Bedeutung dieses Todesfalles konnte man damals nicht erkennen, weil zum Zeitpunkt seines Todes die Existenz der P26 noch gar nicht bekannt war. Herbert Alboth hatte in führender Position im «Spezialdienst» gedient, der Vorgängerorganisation der P26. Im Frühling 1990 gelangte er an Verteidigungsminister Villiger und bot ihm in einem Brief an, detaillierte Informationen zu allen Fragen rund um die P26 zu lie-

fern. Es kam nie zu diesem Treffen mit Villiger – Alboth wurde am 17. April 1990 in seiner Wohnung in Bern Liebefeld tot aufgefunden – erstochen mit seinem eigenen Militärbajonett. Der Todesfall wurde nie geklärt. Die PUK EMD hat einfach festgestellt, dass er tot ist. Punkt. Leben und Tod von Herbert Alboth wären ein interessanter Forschungsgegenstand.

BULLETIN: Eine der Fragen, die Alboth wahrscheinlich hätte beantworten können, ist diejenige nach der Einbindung der P26 in die Nato-Kommandostrukturen. Eine Frage, welche die PUK EMD nicht untersucht hat.

Ganser: Ja, Alboth wäre auch dafür eine wichtige Quelle gewesen. Die Nato-Frage wurde von der PUK EMD nicht untersucht, sie hatte kein derartiges Mandat. Ihr Fokus war national, Ausgangspunkt die Fichen. Der Gladio-Skandal in Italien platzte genau um die Zeit, als der PUK-Bericht veröffentlicht wurde.

Im Parlament wurde dann aufgrund der Ereignisse in Italien die Forderung erhoben, auch die Verbindungen der P26 zur Nato und zu ausländischen Geheimdiensten zu untersuchen. Der Bundesrat beauftragte den Neuenburger Untersuchungsrichter Pierre Cornu mit dieser Nachforschungsarbeit. Im Frühling 1991 erschien der 100-seitige «Cornu-Bericht». Der Bundesrat klassifizierte den Bericht sofort und machte der Öffentlichkeit nur eine zwölfseitige Zusammenfassung zugänglich.

Während der Forschung für meine Doktorarbeit habe ich bei



Der Anschlag auf den Wartsaal des Bahnhofs Bologna vom 2. August 1980 forderte 85 Tote und 200 Verletzte. Es war der schwerste staatliche Terroranschlag während des Kalten Krieges. Interessanterweise figuriert der Anschlag nicht auf der Liste «bedeutender globaler terroristischer Ereignisse zwischen 1961 und 2001» des US State Departments.

der zuständigen Delegation der nationalen Geschäftsprüfungskommission Einsicht in den Bericht verlangt. Die Delegation hat das auf Anraten von Bundesrat Ogi, der eine Belastung der Beziehungen zu bestimmten Ländern befürchtete, abgelehnt. Zurzeit ist die Motion von Jo

Lang hängig, der eine Veröffentlichung des Cornu-Berichtes verlangt.

BULLETIN: Ein Hinweis, dass es Verflechtungen mit ausländischen Geheimdiensten gab ...

Ganser: Hinweis schon, Beweis nicht. Es ist aber aus der Zusammenfassung bekannt, dass sehr enge Beziehungen der P26 zum britischen MI6 bestanden. Die Schweizer trainierten in England, richteten in London eine Funkübermittlungszentrale ein und verwendeten das «Harpoon»-Funksystem der Nato-Geheimarmeen. Mit dieser engen Verbindung nach London hatte die P26 natürlich auch direkten Kontakt zur Geheimarmee-Leitstelle; sie war so also indirekt durchaus in die NATO-Strukturen integriert.

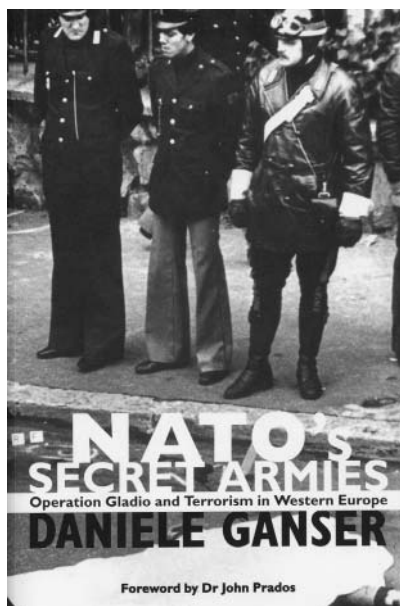
Ob die Schweizer direkt an den Nato-Sitzungen teilgenommen haben, wissen wir nicht. Die Protokolle von ACC und CPC sind nicht zugänglich. Und die Engländer sagen gar nichts, der MI6 ist extrem verschlossen. Seine Existenz wurde offiziell erst 1994 zugegeben.

BULLETIN: Wie ist denn Cornu zu seinen Informationen gekommen?

Ganser: Er ist nach Italien gegangen, wo zu der Zeit die Untersuchungen der Gladio auf Hochtouren lief, und zum Belgischen Senat, der ebenfalls seine Geheimarmee untersuchte. Von den Geheimdiensten hat er fast nichts bekommen.



P26-Offizier Herbert Alboth. Wurde am 17. April 1990 mit seinem eigenen Militärbajonett erstochen.



NATO's Secret Armies

Daniele Ganser veröffentlichte im März 2005 das Buch «NATO's Secret Armies – Operation Gladio and Terrorism in Western Europe». Das Buch ist auf englisch erhältlich. Eine deutsche Übersetzung steht für 2006 in Aussicht.

«NATO's Secret Armies», ISBN 0-7146-5607-0 (Hardcover), ISBN 0-7146-8500-3 (Paperback).

Auf dem Internet ist unter folgendem Link viel Material zum Inhalt des Buches zu finden:

http://www.isn.ethz.ch/php/collections/coll_gladio.htm

BULLETIN: Und Dokumente in der Schweiz?

Ganser: Es ist sehr viel Material zerstört worden, bevor es von der PUK eingesehen werden konnte.

BULLETIN: Und heute?

Ganser: Die P26 wurde aufgelöst, Cattelan entlassen, die Depots aufgehoben.

Der Skandal um Dino Bellasi hat dann 1999 erstmals die Frage aufgeworfen, ob wieder eine Geheimarmee im Land existiere. Aber Bellasi ist eine schlechte Quelle. Er hat sich in Widersprüche verstrickt. Zudem zweifle ich aus geostrategischen Überlegungen heraus an die Existenz einer Schweizer Geheimarmee. Aber wir wissen es nicht. Wie wir gesehen haben, sind diese Machenschaften geheim und entziehen sich immer wieder demokratischer Kontrolle. Deshalb ist es wichtig, dass die demokratischen Institutionen, die das kontrollieren, hartnäckig dran bleiben.

BULLETIN: Wie sieht es jetzt in Europa aus? In deinem Buch kommt sehr klar zum Ausdruck, dass das Parlament der EU eine Aufklärung wollte, aber scheiterte – wohl weil der CIA zusammen mit dem MI6 die treibende Kraft hinter den Geheimarmeen war, sie zum Teil sogar direkt aufgebaut hat, etwa in Griechenland. Nun hat sich die geostrategische Situation geändert und damit die Ziele der verdeckten Kriegsführung. Welche Ziele, welche Methoden werden heute angewendet?

Ganser: Dazu ist es wichtig, den geschichtlichen Hintergrund zu kennen. Anfänglich standen die Engländer im

Zentrum des Aufbaues solcher «stay behind armies».

BULLETIN: Du arbeitest das Janusgesicht der englischen Demokratie in deinem Buch sehr schön heraus. Das ehemalige Empire mit seiner Vergangenheit als Kolonialmacht, mit sehr viel Erfahrung in der Bekämpfung von Aufständen und dem Führen «kleiner» Kriege auf der ganzen Welt ...

Ganser: Die aber dann von den US-Amerikanern mit dem CIA nicht abgelöst aber – ich würde sagen: majorisiert – wurden. Die USA, die neue, alles dominierende Atommacht, mit vergleichsweise fast unbeschränkten Mitteln. Viel Know-how aber kam lange Zeit von den Engländern und noch heute werden in den entsprechenden Kreisen die englische SAS als Vorbild für die Ausführung von «special operations» – sprich verdeckter Kriegsführung – angesehen.

Aber zurück zu deiner Frage: Der Kampf gegen die Sowjetunion und gegen den inneren Feind, welcher der Sowjetunion direkt oder indirekt in die Hände arbeitet, ist obsolet geworden. Dieser Feind ist weg. Heisst das nun, dass die CIA und MI6 in den 90er-Jahren aufgehört haben mit solchen Spezialoperationen? Nein.

Es ist bekannt, dass Mitte 90er-Jahre der CIA und der MI6 im Balkan-Konflikt Muhajeddin aus Afghanistan nach Bosnien und dann später nach Kosovo eingeflogen haben, weil sie diese brauchten für eine Destabilisierungskampagne in Jugoslawien. Was Westeuropa betrifft, so ist bekannt, dass die CIA in jedem Land mit einer US-Botschaft einen sogenannten

«chief of station» (COS) hat. Was dieser COS macht, wissen wir nicht. Sie sind namentlich nicht bekannt, arbeiten offiziell als Militär- oder Kulturattachés.

In der Regel sammeln sie nur Informationen und pflegen Kontakte, manchmal geben sie aber auch anderen Leuten Geld, damit diese für sie verdeckte Operationen ausführen. In Italien hat der CIA COS über den italienischen Militärgeheimdienst SISMI Neofaschisten finanziert und mit Operationen beauftragt. Solche Sachen laufen immer über mehrere Stufen, das Verwischen von Spuren gehört zu den zentralen Anliegen solcher Geheimdienste.

Was heute genau läuft, wissen wir also nicht. Das ist ja das Merkmal der verdeckten Kriegsführung – sie läuft versteckt, ist geheim. Der Schweizer Inlandgeheimdienst DAP versucht den anderen Geheimdiensten auf die Spur zu kommen, um zu sehen, was die in der Schweiz machen, aber auch dem DAP gelingt das nur bedingt.

BULLETIN: Konkret: Gibt es innerhalb der Nato diese Geheimarmeen noch?

Ganser: Man weiss es nicht. Es bleibt also eine Frage des Vertrauens, und da hat die Nato ein Problem. Sie redet nicht über diese Geheimarmeen, verweigert jede Auskunft, macht keine Dokumente öffentlich. Insbesondere nicht zu der «Strategie der Spannung», die als Staatsterror bezeichnet werden muss, der immerhin mit Steuergeldern finanziert worden ist. Darüber spricht die Nato nicht, alle meine Anfragen wurden mit «no comment» beantwortet. Das ist nicht sehr vertrauenerweckend. ■

Teil 2 des Interviews im nächsten BULLETIN ...

Ja, wir sind so frei ...

Ja, wir sind so frei und wollens bleiben. Laut Umfragen wollen über 70 Prozent der Schweizer Bürgerinnen und Bürger keine Gentechnik – weder in der Landwirtschaft noch bei Lebensmitteln. Die propagierte Unbedenklichkeit von gentechnisch veränderten Organismen auf Gesundheit und Umwelt wird je länger je stärker in Frage gestellt.

Berty Zeiter, Kantonsrätin Alternative (SGA), Mitglied Unterstützungskomitee gentechfrei – Bild www.gentechfrei.ch

Der Film «Mais im Bundeshaus» ist ein Dokukrimi um die Gentechdebatte im Bundeshaus und ein Lehrstück in Sachen Schweizer Demokratie: Die grüne Nationalrätin und Biobäuerin Maya Graf kämpft für ein Moratorium im Gentechgesetz. Doch in den Abstimmungen gewinnen die Lobbyisten von Syngenta knapp die Oberhand. Das Gentechgesetz wird am 1. Januar 2004 ohne Moratoriums-Artikel in Kraft gesetzt. Deshalb lancierten Gruppierungen aus Land-

Wortlaut Gentechfrei-Initiative

Die schweizerische Landwirtschaft bleibt für die Dauer von fünf Jahren nach Annahme dieser Verfassungsbestimmung gentechfrei. Insbesondere dürfen weder eingeführt noch in Verkehr gebracht werden:

- a) gentechnisch veränderte vermehrungsfähige Pflanzen, Pflanzenteile und Saatgut, welche für die landwirtschaftliche, gartenbauliche oder forstwirtschaftliche Anwendung in der Umwelt bestimmt sind
- b) gentechnisch veränderte Tiere, welche für die Produktion von Lebensmitteln und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestimmt sind.

wirtschaft, Umweltverbänden, Konsumentenorganisationen, Tierschutz und Entwicklungshilfe eine Initiative, mit der sie für die Schweizer Landwirtschaft ein fünfjähriges Moratorium fordern. In Rekordzeit wurden 120'000 Unterschriften gesammelt. Am 27. November 2005 kommt diese Initiative zur Abstimmung.

Auswirkungen des Gentech-Anbaus

Vor allem in Länder wie in den USA, in Kanada, Argentinien und Brasilien werden seit zehn Jahren gentechnisch veränderte Pflanzen (GV-Pflanzen) angebaut – bevorzugt Mais, Raps, Baumwolle und Soja. Bereits werden verheerende Auswirkungen für Mensch und Umwelt bekannt, die zuvor als unwahrscheinlich taxiert wurden ...

- Aus den Gentechpflanzen sind «Superunkräuter» entstanden, der Herbizidverbrauch ist nach einer anfänglichen Senkung enorm angestiegen. Im achten Anbaujahr spritzten argentinische Bauern 58 Prozent mehr Glyphosat pro Hektar als im ersten Jahr. (Glyphosat ist ein Herbizid, das auf GV-Pflanzen abgestimmt ist.)

- Die Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren in den Feldern mit GV-Pflanzen geht beängstigend zurück.

- Der Anbau von GV-Pflanzen erfordert industrielle Produktionsmethoden und fördert die Entstehung von Grossbetrieben und Monokulturen.

- Die Gentechnik dient nicht dazu, den Hunger in der Welt zu reduzieren. Im Gegenteil, die Agro-Gentechnik bedroht die Lebensgrundlagen der Kleinbauern und -bäuerinnen armer Länder. Dabei sind es gerade die kleinbäuerlichen Gemeinschaften, die in Entwicklungsländern den Grossteil der Nahrungsmittel

produzieren, die im Land selber verzehrt werden. Die kleinbäuerlichen Betriebe können mit den grossen Farmen nicht konkurrieren. Sie werden vom Land und aus der Landwirtschaft verdrängt.

- Nur sechs Grosskonzerne (Monsanto, Syngenta, Bayer Aventis, DuPont, BASF und Dow) kontrollieren weltweit 98 Prozent der gentechnisch veränderten Pflanzen und 70 Prozent der dazu passenden Herbizide.

- Das patentgeschützte Saatgut erlaubt es den Multis, die Saatgut-Käufer vertraglich zu binden. Diese Verträge können Landwirten verbieten, die eigene Ernte als Saatgut zu verwenden und vorschreiben, die Herbizide bei der gleichen Firma zu erwerben. Gerade Kleinbäuerliche Betriebe geraten in finanzielle Abhängigkeit der Gen-Multis und müssen dann oft ihr Land verkaufen.

«Gen-Verseuchter» von Gen-Multi vor Gericht gezerrt

Ein Beispiel für skrupelloses Vorgehen des dominierenden Grosskonzerns



Tausend gentechfreie Zonen gibt es bereits in Irland. Ein Vorbild für die Schweiz?

Aufruf zum Mitmachen

Das **Zuger Komitee gentechfrei** sucht Personen, die bereit sind in Namensinseneraten zu erscheinen und mit Testimonials die Abstimmungskampagne zu unterstützen. Interessierte melden sich bei gentechfrei-zug@bluewin.ch.

Die Finanzen der Initiative-Befürworter sind knapp, die Initiative-Gegner hingegen sind finanziell sehr schlagkräftig. Spenden werden dankbar entgegengenommen auf ... **PC-Konto: 60-278980-8, Vermerk: Gentechfrei Kanton Zug, Abstimmungskampagne.**

Monsanto ist der Fall des kanadischen Raps-Farmers Percy Schmeiser. Er war nicht einmal Kunde von Monsanto. Laut Schmeiser wurden seine Felder durch die Gen-Saaten des Konzerns kontaminiert. Weil sich danach in Schmeisers Pflanzen die von Monsanto patentierten Gene fanden, verklagte der Saatgutkonzern den Farmer 1998 wegen Patentrechtsverletzung. Am 6. August 2004 entschied der Oberste Gerichtshof Kanadas in letzter Instanz gegen den «Gen-Verseuchten» Schmeiser.

Vorteile der Initiative

Die Gentechfrei-Initiative bietet plausible Vorteile ...

■ Das Moratorium schafft auch Zeit für eine sorgfältige Beantwortung heikler Fragen, die durch das Gentechnik-Gesetz aufgetaucht sind: Wie kann sichergestellt werden, dass Bio- und IP-Bauern nicht fürchten müssen, dass ihre Äcker und Wiesen von Gentech-Organismen aus einem Nachbarfeld verunreinigt werden? Wie kann sichergestellt werden, dass Gene aus Gentech-Nutzpflanzen nicht in die Natur gelangen und langfristig das komplexe System Umwelt aus dem Gleichgewicht bringen? Wo sind die ethischen Grenzen bei der Veränderung von Lebewesen? (Bei Tieren stellt sich die Frage nach Grenzen am schärfsten.)

■ Unsere Bauern und Nahrungsmittelhersteller können Lebensmittel aus Schweizer Landwirtschaftsproduktion am In- und Auslandmarkt als gentechfrei positionieren. Mit diesem hohen Qualitätsstandard können sie trotz teu-

rer Produktion und Standortnachteilen dem Marktdruck standhalten.

Mehrheit des Zuger Kantonsrats sagt Ja

Am 10. Mai 2005 wurde ein «Zuger Komitee für eine gentechfreie Landwirtschaft» gegründet. Es wird getragen von der Alternative Kanton Zug und der SP des Kantons Zug, von Pro Natura Zug und WWF Zug, von der Vereinigung der Zuger Biobauern, dem Zuger Bauernverband und dem Verband der Zuger Bäuerinnen. Als Co-Präsidenten amten Beni Hotz, Präsident des WWF Zug, Toni Niederberger, Vorstandsmitglied der Schweizer Biobauern und Jo Lang, Nationalrat Alternative. Dieses Komitee zieht mit grossem Einsatz die Abstimmungskampagne auf Kantonsebene durch, denn der Kanton Zug könnte in Bezug auf das Ständemehr das Zünglein an der Waage spielen.

Gemäss Umfragen sagt die Bevölkerungsmehrheit Ja zur Initiative. Selbst im Zuger Parlament sind 40 von 79 Kantonsrätinnen und Kantonsräten dem ParlamentarierInnen-Komitee zur Unterstützung der Initiative beigetreten. Diese setzen sich aus allen Fraktionen zusammen (siehe Kasten unten).

40 von 79 Zuger KantonsrätInnen sagen JA zu gentechfrei

AF	7 von 7	entspricht	100%
SP	9 von 9	entspricht	100%
FDP	5 von 20	entspricht	25%
CVP	11 von 25	entspricht	44%
SVP	8 von 18	entspricht	44%

Das macht Zugs Gentechfrei-Komitee ...

Um die Bevölkerung für die Thematik zu sensibilisieren, organisiert das Zuger Komitee am Samstag, 29. Oktober 2005, in allen Gemeinden einen Aktionstag. Der Zuger Bauernverband und die Biobauern werden ihre Anliegen mit Aktionen sichtbar machen. Gruppen werden an Ständen Informations- und Werbematerial verteilen. Das Komitee organisiert auch zwei Anlässe im Casino Zug: Bereits am 29. September 2005 fand die Parolenfassung der Alternativen und der SP für die Abstimmung am 27. November statt. Als Stargast konnte Maya Graf begrüsst werden, welche die Pro-Seite vertrat.

Am 25. Oktober findet im grossen alten Saal des Casinos ein von Pro- und Contra-Seite gemeinsam organisiertes Podium statt. Prominenteste Initiativbefürworterin wird die SP-Nationalrätin Simonetta Sommaruga aus Bern sein. Ein spannender Abend darf erwartet werden! ■

Infos, Argumenten, Hintergründe:
www.gentechfrei.ch

Blocher muss seine Staatsschützer zurückpfeifen

Hanspeter Uster war am 18. August 2005 in Bern dabei, als sich Blocher mit Kritikern des neuen Staatsschutzgesetzes traf.

Hanspeter Uster, Regierungsrat Alternative (SGA), Baar – Bild istockphoto.com

Paukenschlag am 18. August 2005: Bundesrat Blocher schickt nach einer Sitzung mit Vertretern des Inlandgeheimdienstes und Kritikern der Gesetzesvorlage das Paket an die Staatsschützer zurück – nachdem just am gleichen Tag in der Weltwoche die ganze Vorlage integral veröffentlicht worden war. Was war geschehen?

Geplante Verschärfungen

Seit anfangs 2005 war eine Arbeitsgruppe im Bundesamt für Polizei daran, das bestehende Staatsschutzgesetz zu verschärfen. Obwohl ich als Vertreter der Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz dieser Arbeitsgruppe angehörte, lehnte ich die neue Gesetzgebung von Anfang an klar und deutlich ab. Kernstück der Vorlage war die geplante Einführung von sogenannten Zwangsmassnahmen. Darunter versteht man beispielsweise Telefonüberwachungen oder das Abfangen sowie Lesen von E-Mails.

Solche weitgehenden Massnahmen, die tief in die Privatsphäre eingreifen, dürfen heute zu Recht nur von einem unabhängigen Richter und nur in einem formellen Strafverfahren angeordnet werden. Anders beim Staatsschutz: Hier hätte die Verwaltung solche Eingriffe selber anordnen dürfen, und ein Gremium von pensionierten Richtern hätte es dann genehmigen sollen.

Geplant waren aber auch das Engagement von Tarnfiguren, die Schaffung von fingierten Identitäten und fiktiven Firmen sowie Schwarzgeldzahlungen an Zuträger und Spitzel. Schliesslich

hätte unter das verschärfte Staatsschutzgesetz auch die organisierte Kriminalität (OK) fallen sollen – ein schillernder Begriff, der den Staatsschützern Tür und Tor in praktisch alle Lebensbereiche geöffnet hätte. Die Ausweitung auf die OK ist immerhin vom Tisch – hoffentlich für immer.

Ich wies in der Arbeitsgruppe mehrmals daraufhin, dass es schon heute mit einem ordentlichen Strafverfahren möglich ist, durch Zwangsmassnahmen wie Telefonüberwachung zu Informationen zu kommen. Allerdings – wie in einem Rechtsstaat üblich – erst nach richterlicher Anordnung. Dafür muss aber ein Strafverfahren eröffnet werden, von dem der oder die Betroffene Kenntnis bekommt. Im Präventivbereich hingegen ist das nicht der Fall: Hier wird einfach beobachtet, abgehört, bespitzelt, und die betroffene Person – und das können wir alle sein – erfährt nie etwas davon. Mein grundsätzliches Nein zu solchen Plänen kommt auch aus der Erkenntnis, dass solche Mass-



Big Brother is watching you!

nahmen den Weg in Richtung eines autoritären Staates ebnen würden. Und genau ein solcher ist der beste Nährboden für Terrorismus.

Auf die Frage eines Journalisten, ob ich als Fichenopfer genetisch gegen mehr Staatsschutz sei, bat ich ihn, die Staatsschützer selber zu fragen, ob sie darüber Informationen haben. Im Ernst: Meine Opposition fusst in meiner liberalen Überzeugung, dass ich nicht in einem Staat leben will, in dem Menschen ohne ihr Wissen überwacht werden.

Blochers Doppelspiel

Ein Wort zum Schluss zu Bundesrat Blocher: Er profilierte sich mit der Rückweisung der Vorlage an die Staatsschützer nach aussen als ein um die Bürgerrechte besorgter Magistrat. Allerdings wusste er seit längerem, was die Staatsschützer planen. Bereits im Frühling 2005 war er offenbar orientiert. Weshalb hat er nicht schon früher reagiert? Oder wollte er mal testen, wie die Öffentlichkeit reagiert? Sicher ist, dass es nach seiner Meinung Zwangsmassnahmen im präventiven Bereich braucht. Das sagte er an der Sitzung vom 18. August 2005 wie auch nachher in den Medien. Wem es aber wirklich ernst ist mit dem Schutz der Bürgerrechte, darf im präventiven Bereich überhaupt keine Zwangsmassnahmen zulassen.

Gespannt bin ich, wie es weiter geht. Die Arbeitsgruppe wurde seit dem 18. August nicht mehr einberufen, denn in Wirklichkeit war sie nur als Abseignungsinstrument konzipiert worden. Kritische und externe Leute waren in einer klaren Minderheit, denn die Mehrheit kam aus der Bundesverwaltung. Nun hat sie ihren Sinn verloren. Auf jeden Fall wird es die Vorlage – so abgespeckt sie künftig auch daher kommen wird – schwer haben. Doch jetzt schon zu jubeln wäre verfrüht. Wir müssen am Ball bleiben. ■

Unser Herz ist grün... ... und wir haben es auf dem linken Fleck

Am 27. August wurde im Kanton Zug Geschichte geschrieben – die alternativen Gruppierungen haben sich zusammengeschlossen unter einem gemeinsamen Dach.

Bilder Adelina Odermatt, Andreas Kuhn

1 Der erste Vorstand der Zuger Alternativen freute sich: Patrick Cotti (links), Pia Rhyner, Martin Stuber, Monica Studerus, Philipp Röllin, Manuela Weichelt, Andreas Hürlimann, Erwina Winiger und Christian Wattenhofer



2 Viele haben mitgearbeitet an der Gründung, aber ohne sie hätte es (noch) länger gedauert: Marianne Zehnder freute sich auch.



3 Einstimmig mit Akklamation zur ersten Präsidentin der Alternativen gewählt: Manuela Weichelt-Picard.



4 Zuerst wurde allerlei abgestimmt...



5 ... und dann konnten die Gratulationen entgegengenommen werden: der Grüne Nationalrat Daniel Vischer.



6 Politik isch es schöns Cabaret...



7 ... das fand auch die SP und beschenkte die frischgebackene Konkurrenz mit einer grossen Wundertüte.



8 Sorgte gewohnt souverän für volle Bäuche und gefüllte Köpfe: Dana Zumr.



Nachdenken über die Schizophrenie

Während des Frühstücks liest meine Frau jeweils deutlich vernehmbar die Zeitung. In letzter Zeit häuften sich die Meldungen über Gewalttaten wie: «Schon wieder hat einer seine ganze Familie umgebracht» oder «Jugendliche schlagen brutal zu». Der 15-jährige an unserem Tisch lässt sich durch unsere, auf solche Botschaften nachfolgende Diskussion, nicht beim Lesen des Sports stören. Während ich die Meinung vertrete, man soll mich doch bitte mit diesen Schreckensmeldungen in Ruhe lassen, macht mir meine Frau klar, dass diese Realitäten zu unserem Alltag gehören.

Patrick Cotti, Vorstand Alternative Kanton Zug – Bild www.schule-bw.de

Vorab scheint mir klar, dass möglicherweise Nachrichten über öffentlich und im Privaten ausgeübte Gewalt zunehmend, mindestens nicht abnehmend sind, dass die Gewaltbereitschaft grösser geworden ist oder diese mindestens vermehrt bekannt gemacht wird (zum Beispiel hat sich im Bereich häusliche Gewalt die Wahrnehmung verändert). Klar ist mir auch, dass Jugendliche wie mein Sohn mit mir nicht primär über Jugendgewalt sprechen wollen.

Unklare Gründe für Gewaltausübung

Jedenfalls kam ich beruflich direkt in den Kontakt mit einem der jungen Schläger des in den Medien hoch beachteten Postgasse-Vorfalles in Bern, wo eine Gruppe junger Erwachsener einen 40-jährigen derart zusammengeschlagen haben, dass er wohl nie mehr zu 100 Prozent arbeitsfähig sein wird. Sie waren sieben, drei davon noch minderjährig,



Der Ausschluss aus Gesellschaft oder Beruf gibt Jugendlichen keine Perspektive – und betrifft alle.

und wollten dem Mann das Geld abnehmen und damit einen «Heben» gehen. Der heute 20-jährige Mann hat nach gut anderthalb Jahren Gefängnis verschiedentlich gezeigt, dass ihm die Tat, vor allem aber die persönlichen Gründe, die ihn zur Mittat bewegten, unklar sind. Im Beobachter-Wettbewerb über Jugendgewalt hat er sich mit seinem Beitrag den ersten Platz erschrieben und wollte das Preisgeld dem Opfer vermachen. Sein damaliges Handeln scheint von ihm wie abgetrennt. Er versucht es über den «Gruppenzwang» zu begründen, ja – auch Drogen seien im Spiel gewesen, doch diese seien nicht ausschlaggebend gewesen.

Obwohl er sich sehr Mühe gibt, die Schuld zur Tat nicht wegzuweisen und unter seinen damaligen Handlungen leidet, bin ich doch tief ob meinem Eindruck erschreckt, ein Gespenst nenne mir Gründe für ein absolut schreckliches Vorgehen, aber die Worte des Ge-

spenstes korrespondieren nicht mit der emotionalen Berührung, die ich erwarten würde. Wie kann jemand, der einen bewusstlos am Boden liegenden Mann schlägt und brutalste Misshandlungen seiner Kollegen zulässt, dies nur mit Gruppenzwang erklären?

Langeweile

Selbstverständlich finden sich psychiatrische Diagnosen wie Persönlichkeitsstörung, Borderline-Syndrom usw., wenn es um Einzelpersonen geht (wobei im genannten Fall keine Diagnose vorliegt). Es finden sich auch persönliche Geschichten, aus denen Fehlentwicklungen heute einsehbar sein mögen. Im Postgasse-Fall genügt es jedoch nicht, die Gruppe bloss als Ansammlung von persönlichkeitsgestörten jungen Männern zu sehen. Auf der Suche nach grundsätzlichen Erklärungen zur Jugendgewalt sagt mein 15-jähriger: Lan-

ie unserer Gesellschaft

geweile. Langeweile führe zu «Happy slapping»¹, zu Schlägereien unter Jugendlichen, jemand beleidige einen anderen, dann gehe es los, meist nicht auf dem Schulplatz, eher am See, in der Stadt. Dabei sind es nicht nur die albanischen Jugendlichen, die zuschlagen. Die Studie zur Jugendgewalt in der Stadt Zug zeigt auf, dass es generelle Tendenzen gibt zu einer erhöhten Gewaltbereitschaft, abhängig von Schulbildung, Geschlecht, Familienform etc.

Harte Strafen ...

In Bern gingen nach dem Postgasse-Fall hunderte von Jugendlichen und Erwachsenen auf die Strasse, um gegen Gewalt zu demonstrieren. Das in diesem Jahr gefällte Urteil gegen die sieben beteiligten jungen Erwachsenen liegt im Rahmen anderer Urteile zu Gewaltdelikten in anderen Kantonen. Sie zeigen mit den ausgesprochen langen Strafen auf: Das lassen wir uns nicht bieten, hier greifen wir hart durch. Es bleibt die Frage: Gegen wen oder was greifen wir hart durch? Gegen Einzelne, gegen deren Familien, gegen Gruppen, gegen das Gespenst «Gewalt»?

... genügen nicht

Schizophrenie ist, neben der Persönlichkeitsstörung, ebenso eine Diagnose, welche krankhafte Zustände von Einzelpersonen benennt. Sie lässt sich aber auch auf eine Gesellschaft anwenden – die Fragen sind dann: Welche Personen oder Gruppen spalten hier was ab, welche Personen oder Gruppen teilen hier Realitäten wie auf (etwa die Gewalttätigen auf die eine, die Gewaltlosen auf die andere Seite).

Persönlichkeitsspaltungen trennen das, was einzelne aus Eigenschutz nicht zusammenbringen können (Schizophrenie würden durchdrehen, brächten sie ihre Welten zusammen). Spaltungen

in der Gesellschaft trennen das, was die Gesellschaft nicht bearbeiten will. Ich denke dabei an die Polemik in der Aussenpolitik, bei der Arbeitslosigkeit, an die Polemik beim Verhältnis von Wirtschaft und Dritter Welt. Ich gehe davon aus, dass bei der Gewaltbereitschaft unserer Gesellschaft die Aufspaltung von Freizeit und Arbeitsleben eine entscheidende Grundlage bietet angesichts der scheinbaren Notwendigkeit, dass Leere und Sinnlosigkeit am Arbeitsplatz in der Freizeit kompensiert werden müssen. Sofern schliesslich ein Arbeits- oder Ausbildungsplatz vorhanden ist.

Perspektive

In der Stadt Bern sind 5,4 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 26 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen (in Luzern: 4,2 Prozent). Die Jugendlichen – so sagte die Berner Sozialdirektorin Edith Olibet im Tages-Anzeiger vom 2. Juli 2005 – kämen aus der Schule, und niemand wolle sie. Wer keine Lehre machen kann oder arbeitslos bleibt, verliert jegliche Perspektive. Vor allem ist, wer so jung schon an der Grenze zur Sozialhilfe steht oder von dieser abhängig ist, hoffnungslos. Eine Trostlosigkeit, die nicht mehr nach der Zukunft fragen will, lässt nach wie vor Jugendliche Wege beschreiten, die der Gesellschaft unverständlich sind. Dabei liegt es im Interesse der Ge-

sellschaft und im Wohle aller, diese Themen zu bearbeiten. Die zunehmende Desintegration der jungen Generation wird die Gesellschaft ausserordentlich teuer zu stehen kommen, dies beteuert auch die Städteinitiative Sozialpolitik.

Akzeptanz der Schizophrenie

Ich plädiere für die Einführung eines öffentlich festzuhaltenden Schizophrenie-Grades der Gesellschaft (in Anlehnung an die nach oben offene Richterskala bei Erdbebenmessungen). Darin enthalten wären Faktoren wie Sinngebung in der Gesellschaft, Zukunftsvisionen, Akzeptanz der Jugend, Akzeptanz der Alten, Akzeptanz der Ausgegrenzten im Allgemeinen. Erst das Erkennen von unbearbeiteten Themen und deren integrierende Bearbeitung ermöglicht die Gesundung unserer Gesellschaft – und dies wird ein langer Prozess. ■

¹«Happy slapping»: Eine unbekannte Person wird von einer oder mehreren anderen Personen angegriffen, eine weitere Person filmt den Angriff per Natel. Vor allem interessiert der Moment der Überraschung, wie das Gesicht des Opfers auf die Schläge reagiert. Die Filme werden schliesslich anderen zur Belustigung zur Verfügung gestellt, allenfalls ins Internet (im Juni ereignete sich in Winterthur ein solcher Fall, wo Zuger Jugendliche zugeschlagen haben).

Jugendstrafurteilsstatistik

Laut Bundesamt für Statistik gab es im Jahre 2000 insgesamt 11'314 Verurteilungen von Minderjährigen durch Jugendanwaltschaften, Gerichte oder Schulpflegen, wovon ein Viertel Kinder (7 bis 14-Jährige) betreffen. Strafrechtlich geahndete Kinder und Jugenddelinquenz umfasst mit 37% am häufigsten Betäubungsmittelkonsum und am zweithäufigsten Diebstahl

(32%). Nach Ausschluss der Verurteilungen wegen Strassenverkehrsdelikte, für die Minderjährige im Vergleich zu Erwachsenen kaum in Betracht kommen (11% im Vergleich mit 54%), ist der Anteil der Gewaltdelikte mit 11% gering höher als bei den Erwachsenen (9%). Dies geht aus der neuen Erhebung zur Jugendstrafurteilsstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) hervor.

Neues aus Zugs Veloplanung

Nicht alles, was von der IG Velo Zug bei den Vertretern von der Stadt und dem Kanton Zug als Anliegen vorgebracht wird, kann realisiert werden. Einige Lichtblicke sind trotzdem zu vermelden.

Astrid Estermann, Präsidentin IG Velo – Bild IG Velo

Anfangs Juli 2005 traf sich auf Einladung des Amtes für Raumplanung die IG Velo Zug wieder mit Vertretern der Stadt und des Kantons Zug zur jährlichen Sitzung, um die Forderungen der Velofahrenden zu diskutieren. Auf der Basis der Anliegen aus den Rückmeldungen des Velophons auf unserer Homepage und einem Dossier des Quartiervereins Zugwest zur Verkehrssicherheit von Velofahrenden fand eine konstruktive Diskussion statt.

Fahrverbot im Lorzentobel wird aufgehoben

Auf der neuen kombinierten Velo/Wanderkarte des Kantons Zug (welche bei Zug Tourismus für Fr. 24.50 erstanden werden kann) ist das Lorzentobel mit

Die Unterführung Brüggli kann in Zukunft auch ohne Bergsteigerausrüstung benutzt werden.



Zustimmung der Zuger Wasserwerke (WWZ) bereits ohne Fahrverbot vermerkt, obwohl das Befahren des privaten Fahrwegs offiziell noch nicht gestattet ist. Alle Beteiligte dieses Streckenabschnitts stimmten nach einem Rundgang vor Ort einer Aufhebung des Fahrverbots zu. Zur Erhöhung der Sicherheit wird die Strecke mit ökologisch aufgewerteten Ausweichstellen ergänzt, so dass die talwärts Velofahrenden nicht durch abgestellte Fahrzeuge der WWZ gefährdet werden.

Zweiräder und Fussgänger auf dem gleichen Weg

Die Zweiradföhrung entlang des Zugersees von Zug bis Walchwil wird nach Fertigstellung des Streckenabschnitts Eielen-Lothenbach auf dem Fussweg mit dem Zusatz «Radfahren gestattet» ausgerüstet. Auf dem Abschnitt Casino – Kantonsspital ist dies wegen der vielen Ein-/Ausfahrten und dem schmalen Trottoir nicht möglich. Die IG Velo Zug fordert deshalb zumindest eine sichere Lösung zur Querung der Strasse.

Der Fussweg entlang der Vorstadt bleibt weiterhin für Velofahrende offen, aber die rote Markierung wird leider aber aus Kostengründen nicht mehr erneuert.

Bei Streckenabschnitten, wo nur selten Fussgänger anzutreffen sind (z.B. Rotkreuz Richtung Risch/Buonas), bleiben die gemischten Wegführungen ohne klare Trennung in Velo- und Fussgängerbereiche auf Grund der seltenen Konfliktsituationen bestehen.

Unterführung Brüggli soll velofreundlich werden

Die Bahnunterführung Brüggli weist für Velofahrende eine so steile Rampe auf, dass sie nur zu Fuss und fahrradstosend bewältigt werden kann. Mit einem Kinder- oder Veloanhänger ist das Hindernis praktisch unüberwindbar. Eine

neue, flachere Rampe hat deshalb beim Kanton erste Priorität.

Die Unterführung Feldstrasse wird erst mit der Nordzufahrt erweitert und für Velos ausgebaut. Die Unterführung Schutzengel bleibt so lange eng, wie die Bahnüberführung im kantonalen Richtplan als ÖV-Feinverteiler vorgesehen ist.

Veloabstellplätze an Haltestellen

Einzig bei der Haltestelle Alpenblick stauen sich die Fahrräder seit Einführung der Stadtbahn. Das Problem ist erkannt, doch ist unklar, wie Abhilfe geschaffen werden kann, nachdem kein Platz für Fahrräder in der näheren Umgebung vorhanden ist.

Zu Velodiebstählen am Bahnhof Zug wird es leider auch in Zukunft kommen. Die Stadt Zug wird zwar einen Ordnungsdienst beauftragen, die umgefallenen Velos wieder richtig hinstellen und die defekten Fahrräder regelmässig zu entfernen. Mehr Geld möchte die Stadt aber nicht mehr in die Hand nehmen, zumal die SBB keine Investitionen für die Velofahrenden mehr tätigen will. Welchen beträchtlichen finanziellen Aufwand die SBB hingegen beim Bau der zahlreichen neuen Park&Ride-Parkplätze für Autofahrende getätigt haben, bleibt offen!

Beim neuen Bahnhof Baar sollen an bester Lage hinter gut einsehbarer Glascheiben doppelstöckige Veloabstellplätze gebaut werden. Eine Velostation ist auch hier nicht vorgesehen. Sie liesse sich jedoch bei Vandalismus und Diebstahl später mit Zusatzinvestitionen ohne grosse Umbauten realisieren.

Zugerbergstrasse mit Radstreifen

Schliesslich wurde bekannt, dass die Planung eines Veloradstreifens auf der Zugerbergstrasse bergwärts weit fortgeschritten ist und 2005/2006 umgesetzt wird. ■

Sonntag soll Ruhetag bleiben

Am 27. November stimmen wir darüber ab, ob man sonntags an Bahnhöfen statt Bücher auch Büchergestelle posten kann.

Josef Lang, Nationalrat Alternative, Zug – Bild Adelina Odermatt

Soll jeder Betrieb, der sich auf einem Bahnhofsareal befindet, den Sonntag in einen Werktag verwandeln können? Sollen als Folge dieser Privilegierung die Betriebe, die sich im Umkreis eines Bahnhofs befinden, in einem nächsten Schritt den Sonntag abschaffen dürfen? Wenn diese «verfälschten Wettbewerb» monieren, haben sie vor Gerichten grosse Chancen. Sollen als Folge dieser Ausweitung zu schlechter Letzt alle Läden die 7-Tage-Woche einführen? Darüber stimmen wir ab am 27. November – dank einem Referendum der Gewerkschaften gegen die Revision des Arbeitsgesetzes.

Sozialer und kultureller Rückschritt

Wir stimmen nicht darüber ab, ob Kioske, Bäckereien, Buchhandlungen, die heute sieben Tage pro Woche ihre Dienste anbieten, am siebten Tag ruhen sollen. Die Butter soll weiterhin käuflich sein, aber nicht der Kühlschrank. Den Roman soll man auch in Zukunft sonntags kaufen können, aber nicht die Lebensversicherung.

Dass die Abschaffung des Sonntags in 40 Zentren des öffentlichen Verkehrs bloss ein erster Schritt in der Abschaffung des Sonntags überhaupt ist, das zeigen auch Vorstösse wie die eines Nationalrats Kurt Wasserfallen (FDP Bern), der vier allgemeine Einkaufssonntage einführen will. Eine weitere von den Bundesparlamenten verabschiedete Motion trägt den sinnigen Titel: «Zur Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten am Sonntag». Aus taktischen Gründen werden diese Vorschläge erst nach der November-Abstimmung behandelt.

Die Hauptopfer einer Ausweitung der Ladenöffnungszeiten sind mehrheitlich Frauen und grossmehrheitlich Schlechtverdienende. Bezeichnend für die unsoziale Haltung, die hinter der Revision des Arbeitsgesetzes steht, ist die Weigerung der bürgerlichen Parlamentsmehrheiten, Gesamtarbeitsverträge verbindlich zu machen.

Die scheinbarweise Abschaffung des Sonntags ist nicht nur unsozial. Sie bedeutet auch kulturell einen Rückschritt. Sie ist nicht nur für gläubige Menschen eine Zumutung. Sie ist es für alle, denen gemeinsame Musse in der Familie, mit Bekannten, in Vereinen, in der Natur ein Bedürfnis ist. Letztlich geht es um die Frage, ob der Mensch oder der Markt, das Leben oder der Kommerz im Mittelpunkt stehen sollen. ■

Nein-Argumente der Kirchen

Die Schweizerische Bischofskonferenz und der Schweizerische Evangelische Kirchenbund haben gegen die Revision des Arbeitsgesetzes eine Broschüre mit dem Titel «Sonntag schützen, Gemeinschaft stärken» herausgegeben. Jene wird «aus religiöser, sozialer und ökonomischer Sicht» beleuchtet. Der dritte Teil zeigt, dass die Geistlichen von Wirtschaft mehr verstehen als die neoliberalen Ideologen:

«Eine Flexibilisierung der Arbeit soll gerade in ökonomisch schwierigen Zeiten die Nachfrage ankurbeln. Viele ökonomischen Untersuchungen zeigen, dass diese Entwicklungen nicht zu einer Ausweitung, sondern zu einer Verlagerung des Umsatzes führen. Stattdessen schafft eine Deregulierung von Ladenöffnungszeiten neue ökonomische und arbeitsmarktpolitische Probleme:

- Vor allem grossflächige Betriebsformen profitieren auf Kosten traditioneller, lokaler Klein- und spezialisierter Geschäfte, Quartier- und Dorfläden.
- Unternehmens- und Umsatzkonzentrationen werden gefördert.
- Qualifiziertes Voll- und Teilzeitpersonal wird durch an- oder ungelernte geringfügig Beschäftigte ersetzt.
- Arbeitszeitflexibilisierung führt zu Arbeitsplatzflexibilisierung: Verlust vertrauter Arbeitsbereiche und des sozialen Umfelds, Förderung struktureller Unsicherheiten.
- Dienstleistungsqualität sinkt.
- ökologische Belastungen (Energieverbrauch, Verkehrsbelastung, Lärm) werden steigen.

Eine Deregulierung der Ladenöffnungszeiten schafft kaum neue Arbeitsplätze, sondern führt zu einer allgemeinen Flexibilisierung von Arbeitszeiten, die erhöhte berufliche und gesundheitliche Belastungen zur Folge haben.»



Wird in einem nächsten Schritt überall der freie Sonntag abgeschafft?

Schiesst Geld Tore?

Einst Volksschlägerei, dann Arbeitersport ist Fussball heute schlicht ein bedeutender Wirtschaftszweig – nicht zum Vorteil des Spiels.

Stefan Gisler, alt Fussballschiedsrichter und Hobbytschütteler – Bild istockphoto.com

Im Highbury stiessen in der ersten Runde der Champions League zwei Welten aufeinander. Underdog Thun mit einem Jahresbudget von 5,5 Millionen Franken gegen die 264 Millionen von Arsenal. Allein der Topstürmer des weltweit siebteichsten Klubs, Thierry Henry, verdient 185'000 Franken pro Woche. Und so ging das Boulevard-Blatt «Sun» mit Arsenal nach dem glückhaften 2:1 hart ins Gericht. «Trainer Arsène Wenger muss sich die Frage gefallen lassen, warum es so schwierig war, ein Team zu schlagen, das vor neun Jahren vor nur 100 Zuschauern Amateurfussball gespielt hat.» Die überraschende Qualifikation des «Dorfvereins» Thun für die Champions League scheint zu beweisen, dass Geld allein keine Tore schiesst. Jeder Verein hat seine Chance – oder bestimmt doch die Finanzkraft den Erfolg? Und wie gelangte denn eigentlich der Kapitalismus in den Fussball?

Die Volksschlägerei

Was im Fussball vom 12. bis zum 17. Jahrhundert geschah, vermitteln uns da-

malige Gerichtsschreiber. Dieser anarchisch-archaische Fussball war begleitet von Tumult, Sachbeschädigung, Volksaufstand, Körperverletzung und Totschlag. In der Regel trat die komplette Bevölkerung von zwei Dörfern oder zwei Stadtteilen gegeneinander an. Hunderte machten mit. Das Spiel dauerte Stunden. Die Tore standen oft meilenweit auseinander.

Im 18. Jahrhundert kam der englische Massen-Fussball in eine handfeste Krise. Die Spielfelder kamen abhanden. Diese Allmenden zwischen den Dörfern wurden vom Parlament privatisiert, der Allgemeinheit entzogen. Die adligen Profiteure wurden dabei nicht nur reich,

sie schafften gleich noch den aufrührerischen Proletensport ab.

Die Domestizierung

Anfangs 19. Jahrhundert wurde der Rest-Fussball domestiziert. An englischen Schulen und Universitäten entdeckte man diese Leibesbetätigung, um den Jungen Unterordnung, Gehorsam, Aufopferungsbereitschaft und mi-

litärischen Drill beizubringen. Darum halten sozialistische Fussball-Theoretiker (das gibts wirklich!) dies für den Beginn der Vereinnahmung des Fussballs durch den Kapitalismus. Die Einführung von Fussballregeln zog «eine Beschränkung der Individualrechte durch Verbote» nach sich. Mit der normierten Spieldauer wurden «Arbeitszeiten» eingeführt. Mittels Addition von

Goals, Punkten und dem Erstellen von Tabellen wurde die «Buchführung» durchgesetzt. Und durch die Gründung überregionaler Meisterschaften kam es zur «Einführung des kapitalistischen Konkurrenzsystems».

Die Vergesellschaftung des Balles

Nach der Einführung des freien Samstagnachmittags in den 1860er/1870er-Jahren machte die durch die Industrialisierung wachsende Arbeiterschaft den Fussball in England zu ihrem Spiel. Bis zum 2. Weltkrieg blieb es ein wichtiger Teil der Arbeiterkultur. Wieso spielten Arbeiter Fussball? Die «sozialistische» Theorie dazu (das gibts auch!) lautete: «Die monotone, entfremdete und erschöpfende industrielle Arbeit schuf das Bedürfnis nach selbstbestimmter physischer Verausgabung und psychischer Befriedigung. Es ermöglichte die Entfesselung der vom ökonomischen und politischen System unterdrückten Kreativität und Intelligenz der Proletarier.»

So erreichten die Arbeiter statt der Vergesellschaftung der Produktionsmittel immerhin die Vergesellschaftung des Balles...Tatsächlich aber förderten die grossen Industriebetriebe den Fussball. Sie erkannten, dass die Arbeiter dann unter der Woche ohne zu murren in den Stollen malochten. Also galt die Marx'schen Formel «Fussball ist Opium fürs Volk». Oder hiess die Formel anders? Wie auch immer. Geschockt waren Aristokraten und Bürgerliche, als 1883 mit Blackburn Olympic erstmals ein Arbeiterklub den englischen Cup gewann. Indigniert wandten sie sich wieder dem exklusiveren Cricket, Tennis oder Reiten zu.

Die Kommerzialisierung

Der Fussball wurde zum Massenphänomen, gerade als Zuschauersport. Zehntausende besuchten schon in den 1870er-Jahren die Matches. Mit dem



EINWURF von LINKS

Das Bulletin nimmt die WM 2006 in Deutschland sowie die EM 2008 in der Schweiz und Österreich zum Anlass, von links her Beiträge zum kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld des Fussballs einzuwerfen.



Hochbezahlte Fussballerbeine: Die 20 bestverdienenden Fussballer in Europa verdienen rund 470 Millionen Franken pro Jahr.

Aufschwung des organisierten Fussballs kam das Profitum. 1879 bezahlte der englische Club Darwen als erster Profifussballer – die Schotten John Love und Fergus Suter. Schon 1885 musste die englische Football Association den Professionalismus legalisieren. Es waren also Arbeiter und Arbeitervereine,

welche die Kapitalisierung und Kommerzialisierung des Fussballs vorantrieben. Das Arbeiterpublikum spülte anfangs des 20. Jahrhunderts Millionen in die Klubkassen.

Bürgerliche Klubs hatten dies nicht nötig. Denn die Mitglieder der Oberschicht konnten auch in der Freizeit zeit-

intensiv Sport auf hohem Niveau treiben. So waren es übrigens die von der Entwicklung im Fussball gewarnten, reichen Freizeitsportler, die bei den olympischen Spielen den Amateur-Status durchsetzten. Denn die Privilegierten wollten sich ihre Siege nicht vom bezahlten Profi-Pöbel klauen lassen.

Die Geldmaschine

Die Preisspirale bei Fussballer-Ausleihen und Transfersummen wurde in den 50er-Jahren so richtig in Gang gesetzt. «Geschäftsleute» übernahmen die Klubs und auch die Verbände. Heute setzt allein der europäische Fussball jährlich über 16 Milliarden Franken um. Davon wird 69 Prozent in den Profi-Ligen der Top-Five England, Deutschland, Spanien, Italien und Frankreich erwirtschaftet, in den anderen Ländern 18 Prozent. 13 Prozent setzen sich aus Einnahmen des Weltverbandes (FIFA), der Europäischen Fussball-Union (Uefa) und der nationalen Verbände zusammen.

Auf 10 Milliarden Franken beläuft sich der aktuelle Schuldenberg aller europäischen Klubs. Und das obwohl seit Mitte der 90er-Jahre die Spitzenklubs nicht zuletzt wegen der neu erfundenen Geldmaschine «Champions League» ihre Einnahme jährlich um 14 Prozent steigern. Thun erhält nur schon für die Qualifikation 7,5 Millionen. Total erhalten die 32 Klubs der «Königsklasse» 2005/2006 rund 666 Millionen Franken an Prämien und Geldern aus einem TV-Pool.

Die deutsche Kapitalismuskritik

Rund 3,6 Milliarden Personen konsumieren die Champions League am Bildschirm. Kein Wunder sichern sich Pay-TVs die Übertragungsrechte. Nach Grossbritannien und Frankreich wird dies ab 2006 auch in Deutschland so sein. Finanzschwache Fans gucken in die Röhre oder eben nicht. «Wir haben Rechtepakete angeboten. Premiere hat das überzeugendste Angebot gemacht», so der Uefa-Direktor für Marketing. Deutschlands Innenminister Schily mahnte: «Fussball ist Volkssport. Er muss im Free-TV zu sehen sein.» Ja, so viel Kapitalismus liess gar Karl-Heinz Rummenigge (Chef des reichsten deutschen Klubs Bayern München) poltern,

die «Herren in der Nähe von Genf sind unsensible Diktatoren, die nur Geld vor Augen haben.» Doch letztlich werden die Bayern die Geister nicht los, die sie riefen: «Mit mehr Einnahmen aus Fernsehrechten können wir Spieler wie Ballack in Deutschland halten.»

Das «reife» Geschäftsmodell

Immer weniger erwirtschaften die Klubs ihr Geld aus ihren Fangemeinden. Das Direktgeschäft mit Business-Partnern durch Sponsoring, TV-Vermarktung und Spielerhandel ist Hauptumsatzquelle – bei Spitzenklubs rund 75 Prozent der Einnahmen. Dieses «reife» Geschäftsmodell verdammt die Klubs zum permanenten sportlichen Erfolg. Und den erkaufen sie sich mit Stars: Lieber Zinedine Zidane 15 Millionen Franken zahlen, als 60 Millionen in der Champions League verlieren. Zusammen verdienen die 20 bestverdienenden Fussballer in Europa rund 470 Millionen Franken pro Jahr. Beckham allein verdient über 45 Millionen. So viel Geld machte Fussballer schon früher ratlos. George Best, unvergessener nordirischer Star- und Skandalfussballer in den 60/70er-Jahren, sagte einmal: «Ich habe die Hälfte meines Geldes für Alkohol, Weiber und schnelle Autos ausgegeben. Den Rest habe ich verprasst.»

Und leider ist festzustellen, dass Geld doch Tore schießt. So beherrschen die gleichen finanzstarken Klubs seit Jahren das 32er-Feld der Champions League. Gerade mal fünf Neulinge – darunter nur die Ausnahmen Thun und Bratislava mit lächerlich tiefen Budgets – haben sich dieses Jahr für die Finalrunde qualifiziert. Auch haben die Top-Five-Ligen durchgesetzt, dass sie je bis zu fünf Teams stellen dürfen. Früher durfte nur eine Mannschaft pro Land – nämlich der Meister – mittun. Aber der kommerzielle Schaden wäre zu gross, wenn Bayern München in der ersten Runde gegen den

moldawischen Serienmeister Sheriff Tiraspol ausscheiden würde. Und so geht in Europa die Schere zwischen reichen und armen Klubs immer weiter auf.

Die «Profisport-NFA»

Das «sozialer Ausgleich» im Profisport möglich ist, zeigt ausgerechnet die hochprofitable National Football League (American Football, nicht zu verwechseln mit Fussball) in den USA. Die 32 Teams und die Liga werfen 63 Prozent der Einkünfte in einen Topf, aus dem die Mannschaften alle zu gleichen Teilen bedacht werden. So haben die Vereine aus strukturschwachen Gegenden mit geringen Einnahmen eine ähnliche Kaufkraft wie die finanzstärksten Klubs. Die acht reichsten Teams verfügen zusammen genommen nur über 28 Prozent mehr Geld als die acht ärmsten Teams. Auch die Profis der Football-Liga fügen sich dem Solidaritätsprinzip und nehmen eine strenge Gehaltsgrenze hin.

Linker Fussball

Die Preistreiberei im Fussball-Kapitalismus ruiniert die Vereine, entmündigt die Fans zu reinen Konsumenten und schadet auch der Qualität des Spiels. Nach der Definition des argentinischen Weltmeister-Trainers Caesar Luis Menotti herrscht zurzeit der rechte Fussball vor. «Beim rechten Fussball wird viel von Opfern und Arbeit geredet. Er wirft seinen Blick nur auf das Resultat. Der linke Fussball aber feiert die Intelligenz, er schaut auf die Mittel, mit denen das Ziel erreicht wird. Er möchte ein Fest.» Diese Art von Fussball könnte laut Menotti gar zum Vorbild werden für eine neue von Schönheit geprägte Gesellschaftsordnung. Also lasst uns den Fussball revolutionieren! ■

In der nächsten BULLETIN-Nummer: «Fussball und Rassismus».

Kino



FLiZ-Programm im Kino Gotthard Oktober bis Dezember 2005



**Montag, 3. Oktober
20.00 Uhr:** COCA: DIE TAUBE AUS TSCHETSCHENEN – Europa und sein verleugneter Krieg; ein Film von Eric Bergkraut

Sainap Gaschajewa, genannt Coca, ist Menschenrechtsaktivistin und Leiterin der Organisation «Echo of war». Sie dokumentiert seit 1995 das Kriegsgeschehen in ihrer Heimat mit vielen anderen mutigen, in Lebensgefahr schwebenden Frauen für ein erhofftes Tribunal in Strassburg. Am 20. Nov. wird ihr in Köln der Lev-Kopelev-Preis verliehen! Eine der wichtigen Fragen des Films: wie verhält sich «Moral» zur Realpolitik...

Eric Bergkraut ist anwesend!

**Montag, 14. November,
20.00 Uhr:** TOUCH THE SOUND – a sound journey with Evelyn Glennie; ein Film von Thomas Riedelsheimer (Rivers and Tides)

Eine Dokumentation über das Sichtbarmachen von Musik. Eine aussergewöhnliche Bild- und Tonsymphonie und ein Portrait der gehörlosen Musikerin Evelyn Glennie, unterstützt von Improvisationspartner Fred Frith, verschmelzen hier durch die Kunst Riedelsheimer zu einem Gesamtkunstwerk. Thomas Riedelsheimer filmt entweder in Vietnam oder ist bei uns in Zug!

**Montag, 12. Dezember,
20.00 Uhr:** TOUT EN HIVER SANS FEU; ein Film von Greg Zglinski

Das beachtliche Meisterwerk eines jungen Schweizer mit polnischen Wurzeln über ein Bauernpaar im Jura, dessen Hof einem Brand zum Opfer fiel. Der Film handelt davon, wie unterschiedlich sie sich wieder aufrappeln zu Mut und Leben. Zglinski war Schüler von Kieslowski in der Filmschule von Lodz, und er bringt es fertig eine Landespsyche freizulegen und zu beleuchten, die uns nachdenkenswert scheint.

Greg Zglinski ist eingeladen!

DAS PROGRAMM WELTSICHTBAAR	KINO LUX, BAAR		Dorfstrasse 29b, Telefon 041 726 10 03	Bus-Bar beim Kino	
	Donnerstag, 29. September	19.30 Uhr 20.15 Uhr	Eröffnungs-Apéro Bab' Aziz, CH-Vorpremiere Anschl. Gespräch mit dem Regisseur	im Kino Lux Nacer Khemir	
Freitag, 30. September	20.15 Uhr	The Hunter	Serik Aprimov		Kasachstan
Samstag, 1. Oktober	14.30 Uhr	Chronique d'une disparition	Elia Suleiman		Palästina
	17.00 Uhr	The Man Who Copied	Jorge Furtado		Brasilien
Sonntag, 2. Oktober	20.15 Uhr	Le grand voyage	Ismaël Ferroukhi		Marokko
	14.30 Uhr	Le collier perdu de la colombe	Nacer Khemir		Tunesien
	17.00 Uhr	El corazón de Jesús	Marcos Loayza		Bolivien
Montag, 3. Oktober	20.15 Uhr	Ouaga Saga, CH-Vorpremiere	Dani Kouyaté		Burkina Faso
Dienstag, 4. Oktober	20.15 Uhr	L'autre monde	Merzak Allouache		Algerien
Mittwoch, 5. Oktober	20.15 Uhr	Whisky	Rebella & Stoll		Uruguay
	20.15 Uhr	Mille mois	Faouzi Bensaidi		Marokko
KINO GOTTHARD, ZUG		Gotthardstrasse 18, Telefon 041 726 10 02			
Donnerstag, 6. Oktober	18.00 Uhr	L'enfant endormi	Yasmine Kassari		Marokko
Freitag, 7. Oktober	18.00 Uhr	Le grand voyage	Ismaël Ferroukhi		Marokko
Samstag, 8. Oktober	17.00 Uhr	Whisky	Rebella & Stoll		Uruguay
Sonntag, 9. Oktober	17.00 Uhr	The Hunter	Serik Aprimov		Kasachstan
Montag, 10. Oktober	18.00 Uhr	El corazón de Jesús	Marcos Loayza		Bolivien
Dienstag, 11. Oktober	18.00 Uhr	The Man Who Copied	Jorge Furtado		Brasilien
Mittwoch, 12. Oktober	18.00 Uhr	Poupées d'argile	Nouri Bouzid		Tunesien

Buch



Zwischen-Lese

Gerhard Schmid, Hünenberg

Ungläubiges Staunen in der BULLETIN-Redaktion: «Was, der legendäre bd. lädt uns zur Vernissage seiner Buchpremiere ein?»



Wer ist bd.? bd. ist **Hans Bosshard**, passionierter Bahnfahrer, fachkundigster Eisenbahnjournalist der Schweiz, langjähriger politischer Redaktor der Neuen Zürcher Zeitung. Sein untrüglicher Sinn für Stärken und Schwächen des öffentlichen Verkehrs machten ihn mit der Zeit zu einer Art Ombudsmann auf diesem Gebiet. Für seine pointierten und hervorragend recherchierten Artikel war er während Jahrzehnten auf der SBB-Chefetage gleichermaßen geschätzt wie gefürchtet. SBB-CEO Benedikt Weibel, als Präsident der Union Internationale des Chemins de Fer oberster Eisenbahner der Welt, bescheinigt bd., dass er die Staatsbahn vor manchen Irrtümern und Fehlentscheidungen bewahrt hat, aber auch viele seiner Anregun-

gen und Wünsche unerfüllt geblieben sind.

Nach seiner Pensionierung hat **Hans Bosshard** vom Journalismus in die Publizistik gewechselt. Zusammen mit seinem Sohn **Jakob Bosshard** – auch er ohne Privatauto trotz hoher Kaderstellung im Beruf – legt er den Bild- und Textband «**Unsterbliche Dampflokomotiven – Erlebnisse auf drei Kontinenten**» vor. Ohne sich in technische Details zu verlieren, berichten die Autoren sachlich präzise und in knapper, anschaulicher Form von Erlebnissen mit dampfbetriebenen Bahnwesen, die sie während über 30 Jahren in verschiedenen Ländern gesammelt und fotografisch dokumentiert haben. Das Auf und Ab der Dampftraktion in der Türkei und im südlichen Afrika nimmt breiten Raum ein, kürzere Beiträge sind Polen, Ungarn, Deutschland, Italien sowie Griechenland gewidmet.

Die beiden Eisenbahnenthusiasten verstehen es, das Faszinosum Dampflokomotiven weiterzugeben und die optischen, akustischen und wirtschaftlichen Vorteile dampfbespannter Züge nachvollziehbar zu machen. Es ist unglaublich, wie viele Strapazen und akrobatische Leistungen, wie viel Erfindungsgeist und Improvisationstalent den beiden Bosshards bei ihrem Hobby abverlangt wurden. Die Bandbreite reicht klimatisch von Eiseskälte bis brütende Hitze, zwischenmenschlich von herzlichen bis gefährlichen Begegnungen, politisch von polizeilichen Festnahmen

bis Begleitschutz, reisemässig von Salonzügen bis Güterzügen mit Personenbeförderung, touristisch vom Nobelhotel bis zum freien Feld. Vom überreichen Bildmaterial aus ihren Forschungsreisen haben die Autoren nur etwa 5% in die «Unsterblichen Dampflokomotiven» übernommen, was eine hervorragende Qualität der 284 stimmungsvollen Farbfotos ergibt.

Die Buchvernissage vereinigte über 30 Gäste, lauter Männer, aber im Führerstand der Schinz nacher Baumschul-Dampfbahn versah eine Heizerin (!) souverän ihren Dienst. Die Einladung hat uns sehr gefreut, und wir wünschen dem gelungenen Werk gute Fahrt zu einer hoffentlich zahlreichen Fan-Gemeinde.

Literaturangabe

Hans Bosshard und Jakob Bosshard; Unsterbliche Dampflokomotiven – Erlebnisse auf drei Kontinenten; Verlag Dietschi AG Olten. 78 Franken; www.dietschi.ch

ps.: Ein Teil der BULLETIN-Leserschaft ist verunsichert, weil Ula Schiesser noch nicht zu Wort kommt mit der angekündigten Literatursseite aus ihrer Feder. Wenn ihr Neustart wegen des bd.-Intermezzos auf die nächste BULLETIN-Ausgabe verschoben wird, entspricht dies dem mit der Redaktion ursprünglich vereinbarten Termin, was auch die Wiedereinsteigerin freut.

Die Lokomotive «Elsabé» zieht den 710 Tonnen schweren Reisezug von Kapstadt nach Johannesburg (1979).



Adressen



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative Kanton Zug
Postfach 4806, 6304 Zug
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Forum Oberägeri
Andreas Kuhn
Lutisbachweg 9
6315 Oberägeri
www.forum-oberaegeri.ch
andreas.kuhn@forum-oberaegeri.ch

Freie Wähler Menzingen
Postfach 112, 6313 Menzingen
www.maenztige.ch
m.aepli@gmx.ch

Frische Brise Alternative Steinhausen
Postfach 123, 6312 Steinhausen
www.frischebrise.ch
rosemari.faehndrich@data-zug.ch

Gleis 3 Risch-Rotkreuz
Hanni Schriber
Unt. Haldenweg 5
6343 Rotkreuz
www.gleis3.ch
hannischriber@gmx.ch

KRIFO Alternative Cham
Esther Haas
Sonneggstr. 11, 6330 Cham
haas-pousaz@gmx.ch

Sozialistisch Grüne Alternative
Postfach 4805, 6304 Zug
www.sga-zug.ch
info@sga-zug.ch

Alternative Fraktion im Kantonsrat
www.alternativefraktion.ch

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETIN Nr. 3, Sept. 2005, erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: bulletin@ch.inter.net

Redaktion: Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Judith Kellenberger, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber,

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler, Fabian Ryan

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: DMG Druckerei, Zug

Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)
Nutzauflage: 1300 Ex.

WEMF-beglaubigte Auflage: 1054 Ex.

Abonnements: Fr. 25.-
KleinverdienerInnen Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

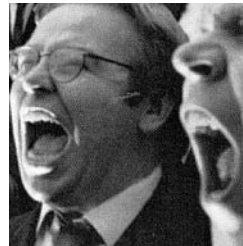
Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 4/2005 Redaktionschluss: Freitag 9. Dezember 2005

Erscheinungsdatum:
Donnerstag 22. Dezember 2005

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter
www.bulletin-zug.ch

Veranstaltungen



Veranstaltungskalender

MO, 17. Okt.: 10. Internationale Informationstagung des Europa Forums Luzern «Europa – wie weiter?»
Ab 9.00 im KKL Luzern. Informationen zur Tagung und Anmeldung unter www.europa-forum-luzern.ch

MI, 19. Okt.: Tagung - Denkpause in Europa

Ab 9.30 im Europainstitut der Universität Basel
Weitere Infos und Anmeldung unter www.europa.unibas.ch

DI, 25. Okt.: PodiumGentech-Abstimmung

Ein Podium zu Pro und Kontra der Gentechfrei-Initiative, grosser alte Saal Casino, Zug.
Mit der Initiativ-Befürworterin und SP-Nationalrätin Simonetta Sommaruga.

SA, 29. Okt.: Raus aus dem Haus – Grünabfuhr 2005

Ab 17.30 Apéro, 18.30 Nachessen: kulinarische Highlights aus aller Welt, 20.00 Opening act: Julie et l'écho, 21.00 Top act: CCR-Revival-Band. Eintritt 20 Franken. Pestalozzi-Areal, Stans.

Veranstalter: Demokratisches Nidwalden.

SA, 29. Okt.: Aktionstag JA zur Gentech-Abstimmung

9.00–12.00, Dorfmarkt Rotkreuz, Gleis 3 Alternative Risch.

SO, 27. November: Abstimmung

- Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»

- Änderung des Arbeitsgesetzes (Ladenöffnungszeiten in Zentren des öffentlichen Verkehrs)



Postplatzfest vom 22. September: Menschen statt Autos

AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

A large, empty rectangular box with a thin purple border, intended for entering address corrections. The box is currently blank.